

Horn, Gustav A.; Joebges, Heike; Logeay, Camille; Sturn, Simon

Research Report

Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn

IMK Report, No. 31

Provided in Cooperation with:

Macroeconomic Policy Institute (IMK) at the Hans Boeckler Foundation

Suggested Citation: Horn, Gustav A.; Joebges, Heike; Logeay, Camille; Sturn, Simon (2008) : Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, IMK Report, No. 31, Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2008110410>

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/106044>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung

Report

Nr. 31 | September 2008

Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland?

Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn

Gustav A. Horn, Heike Joebgies, Camille Logeay, Simon Sturm

Zu Unrecht wird Frankreich als der kranke Mann Europas dargestellt. Insbesondere im Kontext der Diskussion um Mindestlöhne wird der Eindruck erweckt, dass die französische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wegen zu hoher Mindestlöhne von Arbeitslosigkeit und Jobverlusten gekennzeichnet ist (vgl. ifo 2008). Untersucht man jedoch die französische Wirtschaftsentwicklung genauer, lässt sich dieses Urteil nicht halten.

Frankreich hat es geschafft, trotz (oder wegen) einer stabilen Lohnentwicklung und ohne drastische Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme seit Beginn der Währungsunion insgesamt stärker zu wachsen als Deutschland. Im Ergebnis war der Zuwachs an Beschäftigung größer und der Rückgang der Arbeitslosigkeit kräftiger. Dies ist auf unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien zurückzuführen. Während die wirtschaftspolitische Strategie in Deutschland sehr exportorientiert war, lässt sich die französische Strategie als deutlich binnenorientierter beschreiben. Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen sollen im Folgenden detaillierter dargestellt werden. Ein zentraler Unterschied zwischen beiden Ländern besteht in der Lohnentwicklung, die in Frankreich wesentlich durch den Mindestlohn SMIC (Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance, siehe hierzu Appendix 1 für eine detaillierte Beschreibung) beeinflusst wurde. Daher kommt dem SMIC eine zentrale Rolle bei der Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung zu, zumal in der deutschen Mindestlohndebatte hierauf häufig Bezug genommen wird. Es zeigt sich zudem, dass mittels dieser Lohnpolitik die Lohnquote in Frankreich in etwa konstant gehalten werden konnte, während sie in Deutschland deutlich zurückging.

Seit Beginn der Währungsunion wächst Frankreich stärker

Vergleicht man die wirtschaftliche Entwicklung von Frankreich und Deutschland seit Beginn der Währungsunion, fällt das höhere Wachstum Frankreichs auf. In den 90er Jahren hatten sich die beiden Länder noch recht ähnlich entwickelt. Zur Veranschaulichung wurde in Abbildung 1 das Bruttoinlandsprodukt beider Länder für 1999 auf 100 gesetzt. Es zeigt sich, dass das Bruttoinlandsprodukt in Frankreich vor allem nach 2001 stärker zunahm als in Deutschland. Bis 2005 weitete sich der Unterschied auf über 6 Prozentpunkte aus und verringerte sich erst in den vergangenen beiden Jahren, als der Aufschwung in Deutschland dynamischer wurde (Abbildung 1).

Im Hinblick auf den Wohlstand, der durch das Pro-Kopf-Wachstum ausgedrückt wird, relativieren sich die Unterschiede jedoch, da in Deutschland die Bevölkerungszahl¹ im Gegensatz zu Frankreich seit 2004 abnimmt (Abbildung 2). Dies ändert freilich nichts an der

¹ Am 22. Juli 2008 hat das statistische Bundesamt (Destatis) festgestellt, dass der tatsächliche Bevölkerungsrückgang in Deutschland sogar noch stärker ist als in den offiziellen Zahlen zum Ausdruck kommt. Destatis rechnet damit, dass die Bevölkerungszahl um etwa 1,3 Millionen Personen überzeichnet ist (Destatis 2008). Je nach Revision der offiziellen Zahlen würde sich damit die Pro-Kopf-Entwicklung des BIPs ändern.

Abbildung 1

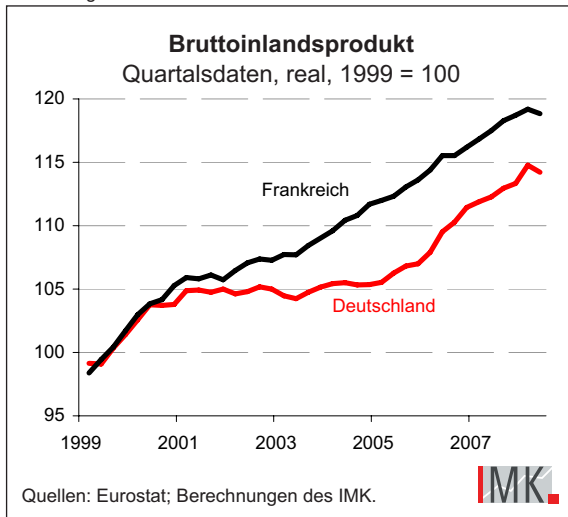


Abbildung 3

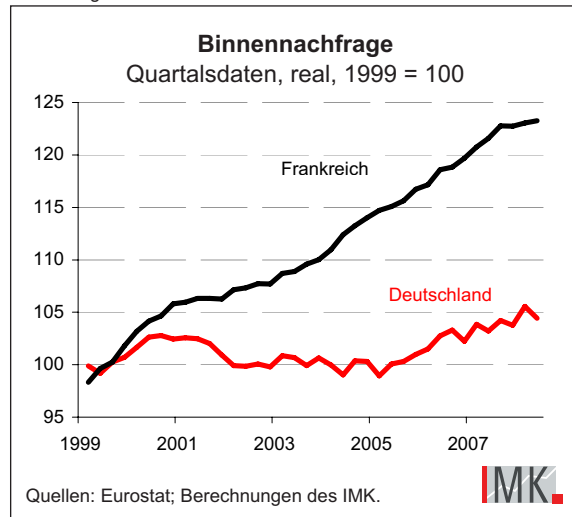
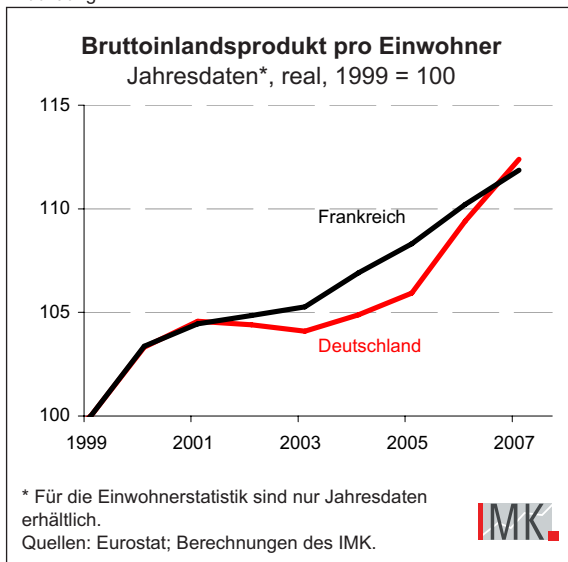


Abbildung 2



höheren Wachstumsdynamik der französischen Wirtschaft.

Es zeigen sich allerdings deutliche Divergenzen in der Zusammensetzung des Wachstums: Dem Außenhandel als Motor in Deutschland steht das balancierte binnenvirtschaftlich dominierte Wachstum Frankreichs gegenüber.

Während die inländische Nachfrage in Deutschland in realen Größen seit Beginn der Währungsunion mehr oder weniger stagniert, stellt sie in Frankreich die Haupttriebkraft für die wirtschaftliche Expansion dar (Abbildung 3). In Frankreich haben alle inländischen Nachfragekomponenten im gesamten Zeitraum einen höheren Beitrag zum Wachstum geleistet als in Deutschland: sowohl der private und staatliche Konsum als auch die Investitionen. Es ist unerheblich, ob

man die Entwicklung insgesamt oder je Einwohner vergleicht.

Betrachtet man die Entwicklung der Investitionen ab 1999, zeigt sich, dass sich die französischen Investitionen schon bis zum Platzen der Internetblase 2000/2001 besser entwickelten als die deutschen, und sich danach – nach einem viel geringer ausgeprägten Rückgang – auch viel schneller wieder erholten.

Dass sich die deutschen Investitionen schon vor 2000/2001 schlechter entwickelten, ist auf die schwache Entwicklung der deutschen Bauinvestitionen aufgrund des Abbaus des Überhangs nach dem Vereinigungsboom zurückführbar. Denn die Ausrüstungsinvestitionen hatten sich nach Euro-Einführung in Deutschland zwar zunächst besser entwickelt als in Frankreich; deren gute Performance wurde jedoch durch die deutlich schlechtere Entwicklung der Bauinvestitionen überlagert. Erst nach 2005 ist wieder ein Anstieg der Bauinvestitionen in Deutschland zu verzeichnen, während diese in Frankreich bis auf einen vorübergehenden Rückgang 2002 kontinuierlich zunehmen.

Der stärkere Einbruch nach 2000/2001 ist vor allem auf den – im Vergleich zu Frankreich – stärkeren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland nach dem Platzen der Blase zurückzuführen, die danach auch zwei Jahre länger brauchten, um sich von diesem Einbruch zu erholen. Zwar waren die Wachstumsraten anschließend in beiden Volkswirtschaften ähnlich, jedoch wurde die Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland, die durch den Einbruch 2001 entstand, nie kompensiert. Im Ergebnis haben damit die Ausrüstungsinvestitionen seit Beginn der Währungsunion in Deutschland weniger stark zugenommen als in Frankreich. Dies dürfte auch auf die fehlende binnenvirtschaftliche Dynamik zurückzuführen

ren sein.

Besonders markant ist der Unterschied zwischen beiden Volkswirtschaften für den privaten Konsum (Abbildung 4). In Deutschland stagnierte er, während er in Frankreich kräftig stieg. Eine Erklärung fällt nicht schwer: Die Stagnation des Konsums in Deutschland ging einher mit leicht sinkenden realen Effektivlöhnen und einer schwachen Beschäftigungsentwicklung, während das solide Wachstum in Frankreich von einer stärkeren Zunahme der Beschäftigung und Reallohnsteigerungen getragen war (Abbildungen 5 und 6). Da die in Deutschland durchgeführten Reformen zu einem leichten Rückgang der staatlichen Transfers führten, schwächten sie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland zusätzlich – im Gegensatz zu den leicht zunehmenden Transferzahlungen in Frankreich. Weil außerdem in Deutschland ab 2001 die Sparquote anstieg, während sie in Frankreich in etwa konstant blieb, ist nicht verwunderlich, dass der Konsum in Deutschland ab 2001 stagnierte.

Die Beschäftigung in Frankreich ist seit Beginn der Währungsunion deutlich stärker gewachsen als in Deutschland. Von 1999 bis zum zweiten Quartal 2008 verzeichnet Frankreich einen Zuwachs in der Erwerbstätigkeit von 9,2 %, gegenüber 4,8 % in Deutschland. Dies ist zum einen Resultat des kräftigeren Wachstums. Aber auch die Arbeitszeitreduzierung in Frankreich hat zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Betrachtet man das Arbeitsvolumen insgesamt, findet sich deshalb für Frankreich zwar immer noch ein kräftigerer Anstieg als in Deutschland, die Unterschiede sind aber wegen der stärker verkürzten Arbeitszeit in Frankreich weniger markant. Von 1999 bis zum ersten Quartal 2008 verzeichnete Frankreich einen Zuwachs von 3,8 %, Deutschland 1,0 %.

Spiegelbildlich zu den Beschäftigungsentwicklungen verzeichnen beide Länder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Nach der von Eurostat verwendeten ILO-Definition hat sich die standardisierte Arbeitslosenquote in Frankreich von Januar 1999 bis Juni 2008 von 10,8 % auf 7,5 % reduziert. Diesem Rückgang um 3,3 Prozentpunkte in Frankreich steht ein vergleichsweise moderater Rückgang von 8,6 % auf 7,3 % – also um 1,3 Prozentpunkte – in Deutschland gegenüber. Die französische Arbeitslosigkeit ist in diesem Zeitraum im Trend deutlich zurückgegangen, während in Deutschland gerade der niedrigste Stand des letzten Konjunkturaufschwungs von 7,4 % im Januar 2001 wieder erreicht wurde (Abbildung 7a).

Dies relativiert die deutschen Arbeitslosenzahlen nach nationaler Definition, die mit den registrierten Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit berechnet werden. Nach diesen ist gegenüber dem Tiefststand der Arbeitslosenquote im letzten Auf-

Abbildung 4

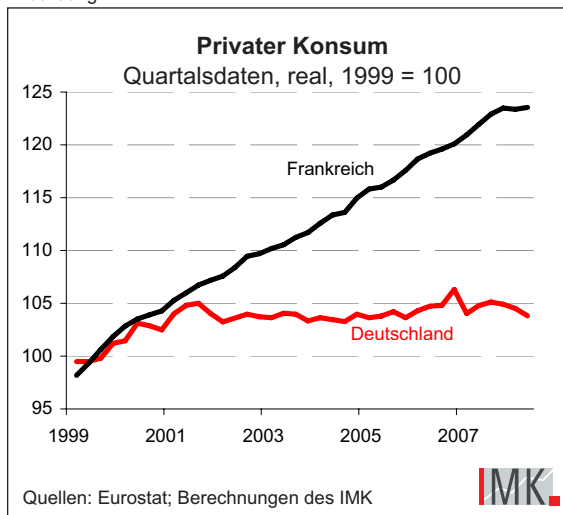


Abbildung 5

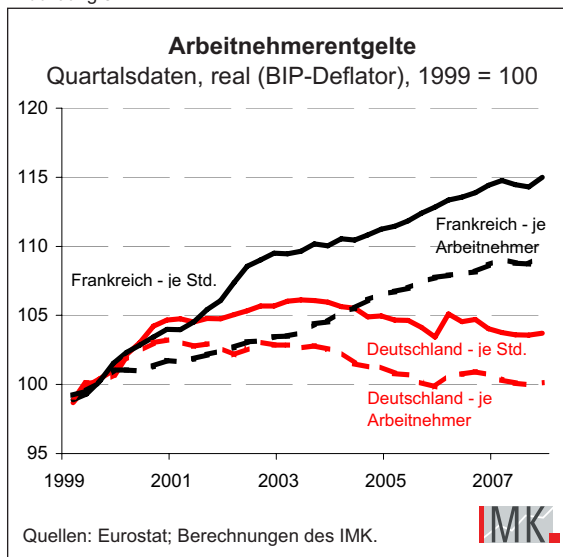


Abbildung 6

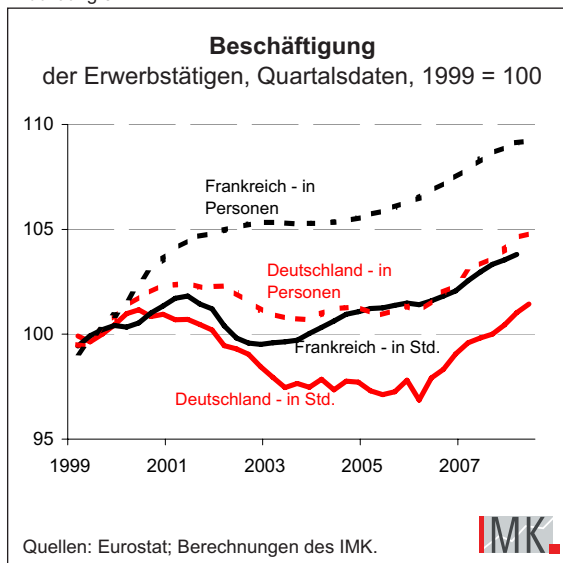
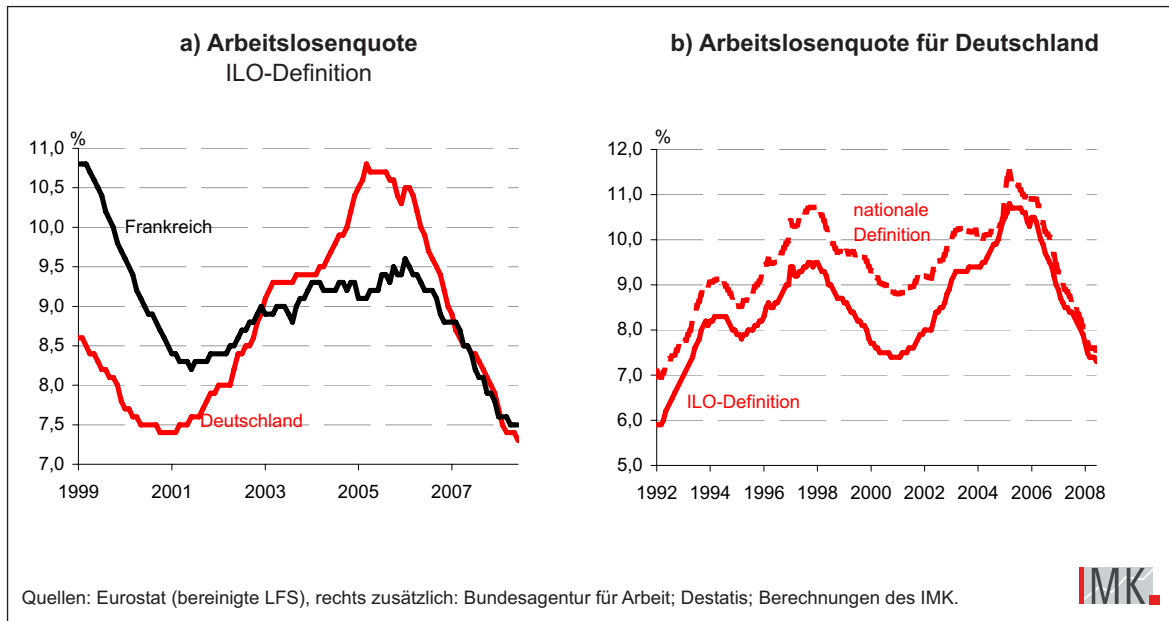


Abbildung 7



schwung ein Rückgang der Sockelarbeitslosigkeit seit Mitte 2007 feststellbar. Da in den nationalen Zahlen aber statistische Effekte² noch eine Rolle spielen, ist fraglich, ob tatsächlich ein Rückgang der Sockelarbeitslosigkeit beobachtet werden kann, zumal dies von den Eurostat-Zahlen nicht bestätigt wird (Abbildung 7b).

Insgesamt kreierte Frankreich also deutlich mehr Beschäftigung als Deutschland, was trotz steigender Erwerbsbevölkerung aufgrund der höheren Absorption durch höheres Wachstum mit deutlich sinkenden Arbeitslosenzahlen einherging. Deutschland konnte hingegen seine Arbeitslosenquote trotz sinkender Erwerbsbevölkerung nur leicht reduzieren.

Die Lohnentwicklung in Frankreich und Deutschland ist frappierend unterschiedlich. Die Nominallöhne in Frankreich – ob als Lohnkosten oder Bruttolöhne gemessen und unabhängig davon, ob sie je Stunde oder je Arbeitnehmer berechnet werden – nehmen seit Beginn der Währungsunion um über 3 % pro Jahr zu. Das Bild für Deutschland unterscheidet sich davon deutlich. Die Löhne stiegen selbst in den konjunkturell guten Jahren nur moderat und stagnierten zwischen 2003 und 2006. Damit erhöhten sich die deutschen Nominallöhne im Durchschnitt um weniger als 2 % pro Jahr seit 1999. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sich in

² Bis 2007 wurde in den Monatsberichten der Bundesagentur für Arbeit noch berichtet, dass ein Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit auf „die intensivere Betreuung von Arbeitslosen sowie die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus“ zurückgeht. Seit 2008 wird nur noch die „systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus“ als Ursache für einen Teil des Rückgangs im SGB-II-Bereich genannt (z.B. im Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit vom Juli 2008).

Frankreich die Kaufkraft der Löhne seit 1999 kontinuierlich verbesserte, während sie in Deutschland seit 2003 leicht zurückging.

Angesichts der höheren Nominallohnzuwächse lag der Anstieg der Lohnstückkosten in Frankreich weit über jenem in Deutschland – trotz sogar leicht besserer Entwicklung der französischen Arbeitsproduktivität (Abbildung 8). Bemerkenswert ist allerdings, dass obwohl die deutschen Lohnstückkosten – kumuliert von Anfang 1999 bis Anfang 2008 – um 14 Prozentpunkte niedriger lagen als die französischen, sich die Inflationsraten in den beiden Ländern ähnlich entwickelt haben: Die durchschnittliche Inflationsrate seit Euro-Einführung liegt in Frankreich nur unwesentlich über derjenigen in Deutschland. Das deutet darauf hin, dass die deutschen Unternehmen in stärkerem Maße ihre Gewinnmargen ausweiten konnten.

Der stärkere Anstieg der Lohnstückkosten in Frankreich impliziert eine schlechtere internationale Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu Deutschland, die sich vor allem ab 2002 in vergleichsweise geringeren Wachstumsraten der Exporte niederschlägt (Abbildung 9). Die Importe entwickelten sich dagegen sehr ähnlich: Trotz der stärkeren Binnennachfrage in Frankreich liegt deren Anstieg nur wenig über dem in Deutschland. Insgesamt schwächte das aber die französischen Nettoexporte, die seit 2004 einen negativen Saldo aufweisen. Der Außenhandel hat damit seit Beginn der Währungsunion das französische Wachstum sogar leicht gebremst. Das steht im Gegensatz zu Deutschland, wo zwar der deutliche Anstieg der Nettoexporte das Wachstum beflügelte, dies die Nachfrage-

Abbildung 8

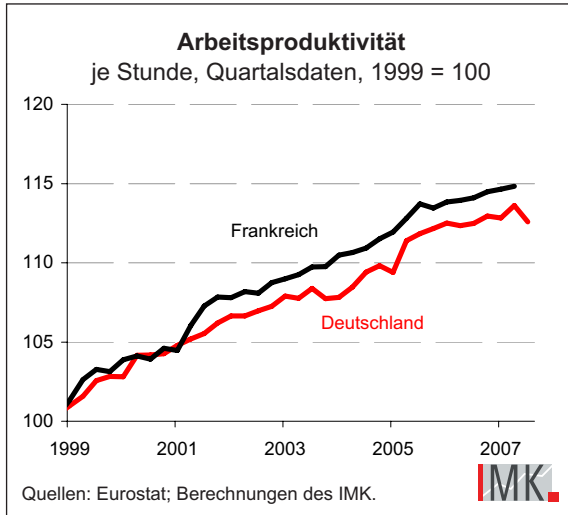


Abbildung 9

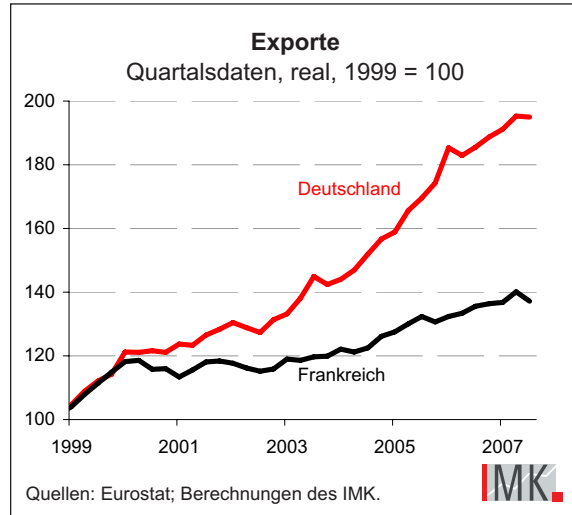


Tabelle 1

Vergleich der Aufschwünge in Frankreich und Deutschland				
	Frankreich		Deutschland	
	I 1997 q1- 2001 q1 (16q)	II 2003 q2- 2008 q1 (19q)	I 1998 q2- 2001 q1 (11q)	II 2004 q4- 2008 q1 (13q)
Reales BIP	3,53	2,16	2,53	2,67
Reale Binnennachfrage	3,78	2,61	2,07	1,58
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen				
Wachstumsrate in % pro Jahr	0,95	0,87	0,48	1,03
abs. Diff. pro Jahr in Mio. Stunden	91	84	68	145
Erwerbstätige				
Wachstumsrate in % pro Jahr	1,96	0,76	1,43	0,99
abs. Diff. pro Jahr in Tsd. Personen	460	191	548	391
Arbeitnehmer				
Wachstumsrate in % pro Jahr	2,30	0,73	1,49	0,97
abs. Diff. pro Jahr in Tsd. Personen	488	169	513	339
Erwerbslose¹				
abs. Diff. pro Jahr in Tsd. Personen	-181	-63	-234	-346
Erwerbslosenquote¹				
abs. Diff. über den ganzen Zeitraum in %-Pkt.	-3,20	-1,40	-1,80	-2,60
Nachrichtlich				
Reale Stundenlöhne (Arbeitskosten, BIP-Deflator), in % pro Jahr	2,12	0,83	2,44	-0,17
Gewinnquote (abs. Diff. in %-Punkten pro Jahr)	0,40	0,20	-0,15	0,99

¹ Nach ILO-Definition.
Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

schwäche im Inland jedoch nicht kompensieren konnte.

Insgesamt zeigt sich, dass das Wachstum in Frankreich seit Beginn der Währungsunion höher ausgefallen ist, dass sich die Unterschiede aber bei einer pro-Kopf-Betrachtung relativieren. Die Wachstumsstrategien in Deutschland und Frankreich fallen allerdings sehr unterschiedlich aus. Während das französische Wachstum hauptsächlich durch die Binnennachfrage getragen wird, setzt Deutschland auf den Außenhandel. Diese unterschiedlichen Strategien spiegeln sich in den Lohnentwicklungen wider, indem in Frankreich stetige und starke Lohnerhöhungen durchgesetzt wurden, während die deutsche Situation durch eine außerordentliche Lohnmoderation gekennzeichnet ist. Die Beschäftigungserfolge sind in Frankreich ausgeprägter, trotz schneller wachsender Arbeitsproduktivität. Warum dies so war, ist Untersuchungsziel des nächsten Abschnitts.

Deutliche Unterschiede im Zyklusvergleich

Um den Effekten der unterschiedlich langen Aufschwungphasen in Frankreich und Deutschland gerecht zu werden, wird im Folgenden mit einer ähnlichen Strategie wie in Horn/Logeay/Zwiener (2008) versucht, konjunkturelle Zyklen zu identifizieren. Anhand dieses

Vorgehens lässt sich ermitteln, wie die beiden Volkswirtschaften in Aufschwungphasen gewachsen sind. Von besonderem Interesse ist dabei, ob Wachstum und Beschäftigung in beiden Ländern in gleicher Weise auf eine gute Konjunktur reagieren. Da jeweils zwei Zyklen miteinander verglichen werden sollen, lassen sich auch Veränderungen aufzeigen, die durch neue wirtschaftspolitische Entscheidungen entstanden sind. Die verwendete Methode folgt dem NBER-Ansatz und basiert auf dem Datierungsprogramm der Europäischen Kommission BUSY.³ Nach der HP-Filterung und der im Anschluss daran vorgenommenen NBER-Datierungsmethode (siehe die Beschreibung der Methode im Kasten 3 von Horn/Rietzler (2007)) kann man für Frankreich die zwei letzten Aufschwünge mit 1997q1-2001q1 und 2003q2-2008q1 bestimmen.⁴ Für den Arbeitsmarkt sind Deutschland-/Frankreichvergleiche in Tabelle 1 wiedergegeben.

³ Die zugrunde liegenden Zeitreihen (saison- und kalenderbereinigtes Quartals-BIP) und die Ergebnisse nach den fünf Filterverfahren sind auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.

⁴ Für Deutschland werden die zwei letzten Zyklen etwas kürzer mit 1998q2-2001q1 und 2004q4-2008q1 definiert.

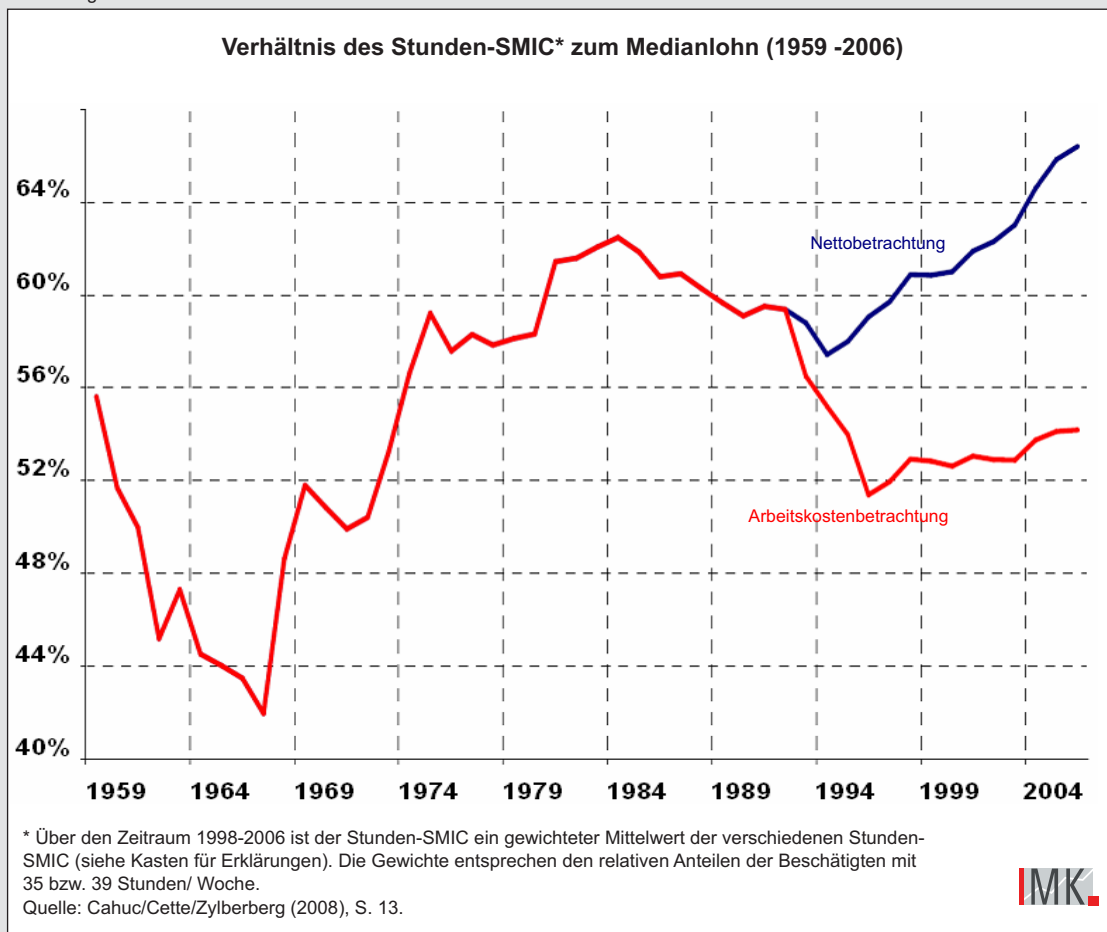
SMIC und Arbeitszeitreduzierung

Im Zuge der Einführung der 35-Stunden-Woche⁵ ist der Stunden-SMIC rechnerisch stark gestiegen; zwischen Ende 1999 und Ende 2005 nahm der nominale offizielle Stunden-SMIC um 29,3 % zu, preisbereinigt um 16,5 % (Koubi/Lhommeau 2007; siehe auch Appendix 1). Dies bedeutet nicht, dass alle SMIC-Beschäftigten eine solche Monats- bzw. Stundenlohnerhöhung tatsächlich erhalten haben. Flankierend zur Arbeitszeitreduzierung wurde eine komplexe Konstruktion aus Stunden-SMIC und Monatsgarantien⁶ eingeführt, um die (SMIC-) Monatsentgelte durch die Arbeitszeitreduzierung nominal nicht zu senken und die de facto induzierte Stundenlohnerhöhung über mehrere Jahre zu verteilen. Ziel war es, die Arbeitszeitreduzierung für Unternehmen kostenneutral zu gestalten. Deshalb sind die Monatsgarantien nicht so stark wie der Stunden-SMIC gestiegen. Seit 2005 sind die Monatsgarantien abgeschafft, so dass alle SMIC-Beschäftigte mit gleicher Arbeitszeit das gleiche Monatsentgelt erhalten (Berry 2008; siehe Appendix 1, insb. Abbildung A1.2).

Analog wurde in fast allen Verhandlungen für die übrigen Beschäftigten im Rahmen der Arbeitszeitreduzierung vereinbart, dass die Monatsentgelte nominal nicht sinken durften (Pham 2002 und 2003 beziffert für 2000 und 2002, dass 98 % der betroffenen Arbeitnehmer einen vollen Lohnausgleich erhielten). Um den hierdurch bedingten starken Kostenanstieg auszugleichen, sollten die Löhne aber dafür ein bis drei Jahre nach der Arbeitszeitreduzierung nur sehr moderat steigen. So sollten die Stundenarbeitskosten im Laufe der Zeit wieder auf einen "neutralen" Pfad gebracht werden. Damit sind die Diffusionseffekte der Stunden-SMIC-Erhöhung auf die restliche Lohnstruktur in den Jahren 2000-2005 gedämpft worden (Koubi/Lhommeau 2007).

Darüber hinaus stellte die 1993 eingeführte und 1998-2005 ausgebaute Kombilohnregelung im SMIC-Bereich sicher, dass sich die Brutto-SMIC-Erhöhlungen nicht eins zu eins in die Arbeitskosten übersetzten.

Abbildung 10



Um dies zu veranschaulichen, ist in Abbildung 10 die Entwicklung des Arbeitskosten-SMIC und des Netto-SMIC pro Stunde im Verhältnis zu den Median-Arbeitskosten bzw. zum Median-Nettolohn dargestellt. Die Abbildung illustriert besonders für die letzten Jahre, wie die starken SMIC-Erhöhungen von 2003 bis 2005 sich gerade nicht in höhere relative Arbeitskosten übersetzt haben (siehe auch Abbildung 2 in L'Horty 2007 und Appendix 1).⁷

⁵ Die Arbeitszeitreduzierung wurde offiziell am 1. Januar 2000 für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten eingeführt, am 1. Januar 2002 auch für kleinere Unternehmen (Aubry II-Gesetz). Vorher wurden Anreizsysteme geschaffen, welche Pauschalhilfen und die Reduktion von Sozialbeiträgen vorsahen (Aubry I und frühere Gesetze wie Robien). Im Jahr 2003 (Fillon-Gesetz) wurden die Lohnsubventionen aller Art vereinheitlicht und auf alle Unternehmen ausgeweitet, ungeachtet dessen, ob sie die Arbeitszeit reduziert hatten, sowie eine Regelung geschaffen, die die Konvergenz der verschiedenen monatlichen 35-Stunden-SMIC bis 2005 festschrieb.

⁶ Es gab insgesamt 5 solche Monatsgarantien. Die erste wurde für Arbeitnehmer geschaffen, deren Unternehmen zwischen Juni 1998 und Juni 1999 ihre Arbeitszeit reduzierten. Die letzte zielte auf Arbeitnehmer, deren Unternehmen erst ab Juli 2002 ihre Arbeitszeit reduzierten. Im folgenden Beispiel wird erläutert, wie die zweite Monatsgarantie (GMR-2) funktionierte. Ein SMIC-Arbeitnehmer, der im Dezember 1999 noch 39 Stunden/Woche arbeitete, verdiente $\text{SMIC} \cdot 169 = 1049,11 \text{ €/Monat}$, da damals der SMIC $6,21 \text{ €/Stunde}$ betrug. Wenn sein Unternehmen ab Januar 2000 die Arbeitszeitreduzierung implementierte, arbeitete er nur noch 35 Stunden/Woche und sollte entsprechend $\text{SMIC} \cdot 151,67 = 940,90 \text{ €/Monat}$ verdienen, also eine Lohnsenkung von 10,4 % hinnehmen. Um dies zu vermeiden, wurde eine Monatsgarantie eingeführt, die das Niveau vom Dezember 1999 auch im Januar mit der reduzierten Arbeitszeit garantierte. Diese Monatsgarantie (GMR-2) betrug für das erste Halbjahr 2000 $1049,11 \text{ €/Monat}$. Sie stieg im Juli 2000 allerdings nicht wie der Stunden-SMIC um 3,2 %, sondern nur um 1,45 %. Für neue nach dem 1. Januar 2000 eingestellte SMIC-Beschäftigte muss keine GMR bezahlt werden. Im selben Unternehmen konnten also theoretisch SMIC-Beschäftigte mit gleicher Arbeitszeit und unterschiedlichen Monatsentgelten koexistieren.

⁷ L'Horty (2007) schätzt, dass zwischen 1999 und 2006 der Brutto-Stunden-SMIC real um 19,0 % gestiegen ist. Die realen Stundenarbeitskosten im SMIC-Niveau hingegen sind um 11,3 % gestiegen.

Stabile Lohnzuwächse dank Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung

Im Aufschwung Ende der 90er Jahre (1997q1-2001q1) prägte die Einführung der 35-Stunden-Woche den Verlauf der Lohnzuwächse in Frankreich (siehe Kasten und Appendix 1). Im Folgenden werden die durchschnittlichen Zuwachsraten pro Jahr des Aufschwungs ausgewiesen. Diese fielen pro Stunde wegen der verkürzten Arbeitszeit mit 3,0 % pro Jahr recht kräftig aus. Es wäre dennoch falsch, von einer inflationären Lohnentwicklung zu sprechen, da sich unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Produktivitätszuwachses von 1,5 % pro Jahr trotz des spürbaren Beschäftigungszuwachses (2,5 %) ein Lohnstückkostenanstieg von nur 1,5 % ergibt. Dies ist auch das Ergebnis der Lohnmoderation nach der Verkürzung der Arbeitszeit und der Kombilohnregelungen, denn die Bruttolöhne pro Kopf nahmen nur um 2,4 % pro Jahr zu. Die Inflationsrate ist vor diesem Hintergrund um 1,2 % pro Jahr gestiegen, lag also weit unter der EZB-Inflationsobergrenze von 2 %. Vergleicht man dies mit Deutschlands erstem Aufschwung (1998q2-2001q1), zeigen sich dort geringere Lohnkostenerhöhungen (2,5 % pro Jahr pro Stunde und 1,5 % pro Jahr pro Kopf) bei allerdings ähnlich hohen Inflationsraten (1,1 % pro Jahr), sodass die Reallohnzuwächse in Deutschland merklich schwächer waren als in Frankreich.

Der zweite französische Aufschwung (2003q2-2008q1) ist von einer deutlich niedrigeren wirtschaftlichen Dynamik gekennzeichnet (knapp über 2 % jährliches Wachstum) als der erste. Dies ist ein Phänomen, das auch die Eurozone (ohne Deutschland und Frankreich) betrifft und vermutlich auf das Auslaufen der positiven Konvergenzeffekte im Zuge des Eintritts in die Währungsunion, die verschlechterten Wettbewerbsbedingungen durch die Euro-Aufwertung und die stärkere Konkurrenz von Aufstiegsländern wie China zurückzuführen ist. Zudem wirkt sich der Außenbeitrag in Frankreich nach 2001 stärker negativ auf das BIP aus, was die Wachstumsraten im zweiten Zyklus drückt. Dies ist in Deutschland umgekehrt, denn während die Binnennachfrage nur um 1,6 % pro Jahr gewachsen ist (2,1 % im vorigen Zyklus), ist das gesamte BIP um 2,7 % pro Jahr gestiegen (2,5 % im vorigen Zyklus). Hierzu hat vor allem die außerordentlich gute Exportkonjunktur beigetragen. Der Konsum blieb allerdings nach wie vor schwach.

Durch die Politik der Mindestlohnkonvergenz bis 2005 und das Ende der vereinbarten Lohnmoderation im Zuge der Arbeitszeitreduzierung konnte in Frankreich auf aggregierter Ebene eine insgesamt kräftige Bruttostundenlohnentwicklung in diesem Aufschwung

von erneut über 3 % Wachstum pro Jahr erreicht werden, die sich diesmal auch in höhere Monatsentgelte übersetzte. Die starken Lohnerhöhungen sind gerade noch mit der EZB-Zielinflationsrate vereinbar gewesen (die Lohnstückkosten stiegen um weniger als 2,0 % pro Jahr), sodass die Inflationsrate trotz Lebensmittel- und Ölpreisanstieg in diesem Aufschwung 2,1 % pro Jahr beträgt. Vergleicht man diese Entwicklung wieder mit Deutschlands zweitem Aufschwung (2004q4-2008q1), haben sich hierzulande deutlich moderatere Lohnerhöhungen (knapp 1,0 % pro Jahr pro Stunde und pro Arbeitnehmer) durchgesetzt, dafür aber eine etwas höhere Inflationsrate (2,3 % pro Jahr). Letzteres liegt zum Teil an den Sonderfaktoren Mehrwertsteuererhöhung und Anhebungen der administrierten Preise, aber die Erhöhung der Gewinnmargen der Unternehmen trägt ebenfalls zur Erklärung bei. Als grober Indikator deuten die VGR-Daten zur funktionalen Verteilung (Lohnquoten) und die Eurostat-Daten zur Gewinnquote des nicht-finanziellen privaten Sektors darauf hin, dass deutsche Unternehmen ihre Gewinne relativ stärker erhöhen konnten als die französischen. Eurostat-Daten zu der Anzahl der Unternehmen in der Industrie (mit und ohne Baugewerbe) deuten in Deutschland auf eine erhöhte Konzentration zwischen 2002 und 2006 hin,⁸ während die Zahl der Unternehmen in Frankreich kräftig stieg. Zumindest aus diesen Daten kann kein Hinweis auf eine nachlassende Konkurrenz in Frankreich abgeleitet werden.

Die Lohnerhöhungen wurden in Frankreich durch die Arbeitszeitreduzierung, die begleitenden Kombilohnmaßnahmen und den SMIC beeinflusst. Insgesamt zeigt sich, dass sie in der Kombination unterstützend gewirkt haben. Es haben sich nicht nur die für den Konsum relevanten Bruttolöhne pro Arbeitnehmer wachstumsfördernd über die zwei Aufschwungsphasen entwickelt. Auch die für die Arbeitsnachfrage relevanten Lohnkosten je Stunde haben sich im Rahmen des Verteilungsspielraums bewegt. Das Bild ist in Deutschland gegensätzlich. Dort haben die Arbeitsmarktreformen die Löhne insbesondere im zweiten Aufschwung stark gedämpft, was – so das deutsche Kalkül – die Arbeitsnachfrage hätte stark stimulieren sollen. Ob dies der Fall war, wird im nächsten Abschnitt untersucht.

Höherer Beschäftigungszuwachs in Frankreich

Im ersten Zyklus hat sich die Beschäftigung in Frankreich viel positiver entwickelt als in Deutschland, was auch an der höheren wirtschaftlichen Dynamik lag. Das Arbeitsvolumen stieg mit 1,0 % pro Jahr zwar nicht

⁸ Dass die Konzentration in Deutschland steigt, wird auch von den Zahlen der Monopolkommission für das verarbeitende Gewerbe (2008, Abb. II.1, S. 99) bestätigt.

sehr spektakulär, aber immerhin nahm die Zahl der Beschäftigten mit 2,0 % pro Jahr deutlich stärker zu als in Deutschland mit 1,4 %.⁹ Die Differenz ist bemerkenswert, weil sich sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die Arbeitszeit um etwa 1 % pro Jahr im ersten Zyklus reduzierte. Sie wurde jedoch auf unterschiedliche Art und Weise vermindert. Frankreich senkte die gesetzliche Arbeitszeit von 39 auf 35 Stunden pro Woche. In Deutschland nahmen die Minijobs und Teilzeitarbeit stark zu. Die Arbeitszeitverkürzung betraf also nur einen Teil der Arbeitnehmer in Deutschland.

In Frankreich wurde die Arbeitszeitverkürzung durch Kombilohnregelungen flankiert, um den induzierten Anstieg der Arbeitskosten zu dämpfen. Die Minijobs in Deutschland sind für die Arbeitnehmer sogar sozialbeitragsfrei und die Arbeitgeber zahlen reduzierte Beiträge. Die übrigen Teilzeitjobs unterliegen allerdings den vollen Sozialbeiträgen.

Dass die Kombination Arbeitszeitreduzierung-Mindestlohn-Kombilohn in Frankreich Jobs geschaffen hat, ist in Frankreich relativ unumstritten (siehe COE 2006 für einen Überblick der Studien, sowie Gubian et al. 2004, Jamet 2005, Lhommeau/Rémy 2008 und L'Horty 2006). Es ist daher schon bemerkenswert, dass die Literatur zum Mindestlohn allein so geringe und so wenig robuste Beschäftigungseffekte findet (siehe hierzu den Literaturüberblick im Appendix 3), im Gegensatz zur Literatur zum Kombilohn. Denn theoretisch wirkt hier derselbe Substitutionseffekt. Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass die Kombilohnregelung ab 1996 mit Arbeitszeitreduzierungen verbunden war und dass sie die Teilzeit zum Teil stark förderte. So entstanden positive Effekte nicht durch gedämpfte Lohnkosten, sondern durch eine beschleunigte Produktivität und verkürzte Arbeitszeit.

Der Preis hierfür sind sich stark ausweitende fiskalische Kosten: Der für den Premierminister verfasste Bericht (COE 2006) gibt für 2006 eine Budgetbelastung von 19 Mrd. € an, davon sind 11 Mrd. € im Zuge der Arbeitszeitreduzierung entstanden. Dem Bericht zufolge und bezugnehmend auf Zahlen und Evaluationen bis Ende der 90er Jahre betragen die Nettokosten je geschaffenen Arbeitsplatz um die 10 000 €/Jahr. Dies erscheint zwar relativ günstig,¹⁰ aber wegen der inzwischen hohen Anzahl an geförderten Stellen wird der Staatshaushalt hierdurch erheblich belastet. Denn die

⁹ Hier ist die gewählte Zyklenenteilung für Frankreich restriktiv. Wird der Aufschwungsanfang zwei Quartale später bestimmt, ist die Beschäftigungsperformance noch positiver, bei einem geringeren BIP-Wachstum.

¹⁰ Siehe hierzu Roguet (2008) und DARES-Zahlen über die Kosten und Teilnehmer der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Kombilohnregelungen wurden seit ihrer Einführung 1993 allmählich ausgeweitet, bis 1998 betrafen sie nur Löhne bis zu 1,3*SMIC. Mit der Arbeitszeitreduzierung wurde diese Schwelle auf 1,8 erweitert, sowie die gewährte Reduzierung der Sozialbeiträge erhöht.¹¹ Inzwischen werden "nur" noch Bruttostundenlöhne bis 1,6*SMIC gefördert. Dies ist eine Erklärung für das hohe französische Defizit, trotz der guten Konjunktur. Die Arbeitszeitreduzierung hat in ihrem Gesamtpaket die Beschäftigung in Frankreich im ersten Zyklus deutlich erhöht, aber durch die großzügige Ausweitung der Kombilohnregelung ebenso das Haushaltsdefizit.

Über die fiskalischen Kosten der Kombilohnregelungen in Deutschland gibt es wenig Literatur, und die Frage, wieviel mehr Jobs durch die Minijob-Regelungen geschaffen wurden, ist sehr umstritten (siehe Horn/Logeay/Zwiener 2008 für eine Diskussion und Literaturangaben hierzu).

Dass der Zuwachs der französischen Beschäftigung im zweiten Zyklus geringer ausfiel, liegt im Wesentlichen am geringeren Wachstum und dem Nachlassen der einmaligen positiven Beschäftigungseffekte der 35-Stunden-Woche. Somit zeigt sich dort der übliche konjunkturelle Gleichlauf zwischen Beschäftigung und Wachstum, allerdings von einem höheren Beschäftigungsniveau aus.

In Deutschland ist der zweite Aufschwung von einer ähnlichen Rückkehr zur Normalität gekennzeichnet. Tatsächlich hatten die seit April 1999 amtlich erfassten Minijobs eine bedeutsame Korrektur der Beschäftigungsstatistik verursacht. Im zweiten deutschen Zyklus haben sich die Zahlen der Minijobs inzwischen stabilisiert, so dass, wie in Frankreich, der übliche Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Wachstum zu beobachten ist (vgl. Horn/Logeay/Zwiener 2008 und Logeay/Zwiener 2008).

In Deutschland wird häufig kommentiert, dass der SMIC in den letzten Jahren besonders beschäftigungsschädlich war (z.B. ifo 2008). Insofern sei die höhere Arbeitslosigkeit vor allem bei Jüngeren in Frankreich durch die Erhöhung des SMIC zu erklären. Um abschätzen zu können, welche Beschäftigungswirkung vom SMIC generell zu erwarten ist, wurde deshalb die relevante empirische Literatur konsultiert. Ein Überblick der zentralen Ergebnisse findet sich in Appendix 3. In Appendix 2 wird speziell auf die Gründe für die Arbeitslosigkeit Jüngerer in Frankreich eingegangen. Für eine eindeutig beschäftigungsreduzierende Wirkung des SMIC findet sich dabei keine

¹¹ 1993 betrug die maximale Entlastung 5,4 Prozentpunkte der Sozialbeiträge, 1995 wurde sie auf 18,2 Prozentpunkte erhöht, um ab 2000 auf 26 Prozentpunkte anzusteigen.

empirische Evidenz.

Dies ist überraschend, da Frankreich oft als Paradebeispiel für die negativen Folgen von hohen Mindestlöhnen genannt wird (vgl. z.B. Sachverständigenrat 2006: 412, ifo 2008) und deshalb eine entsprechend klare und unterstützende Evidenz für eine Abnahme der Beschäftigung durch zu hohe Mindestlöhne zu erwarten gewesen wäre. Die veröffentlichten Ergebnisse decken sich aber mit dem aktuellen Stand der internationalen Forschung. So fasst die OECD die empirische Wirkung von Mindestlöhnen wie folgt zusammen: "Indeed, the empirical evidence concerning a negative impact of minimum wages on employment is mixed, with some studies finding evidence of significant effects, particularly for youth (...), while others do not detect any effects (...). In Bassanini and Duval (2006), no significant impact of the minimum wage on the aggregate unemployment rate is found. However, some evidence does emerge that higher minimum wages may lower the employment rate of youth (i.e. the 20-24 age group)." (OECD 2006, S. 86).

Gerechte Verteilung des Wachstums: Mindestlöhne helfen

SMIC und Lohnungleichheit

Nach den vorherigen quantitativen Bewertungen sind beide Länder relativ vergleichbar: das Wachstum fiel in Frankreich insgesamt seit 1999 stärker aus, dies relativiert sich aber, wenn man die Bevölkerungsentwicklungen berücksichtigt. Für ein klareres Urteil über die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Wege wird hier eine qualitative Analyse durchgeführt. Leitidee ist dabei die Frage, ob die in beiden Ländern erzielten Wachstumserfolge auch allen gesellschaftlichen Schichten zugute kamen? Denn wenn große Teile der Gesellschaft von Aufschwüngen zu wenig profitieren, steht die Akzeptanz der sozialpolitischen Regeln in Frage und damit auch die Basis für das langfristige Wachstum.

Der Effekt des SMIC auf die Einkommensverteilung knüpft direkt an seine Effekte auf Löhne und Beschäftigung an. Der Effekt des SMIC auf die Lohnverteilung, besonders zwischen 2003 und 2005, ist zunächst nicht eindeutig. Wenn die Löhne pro Kopf gerade oberhalb des SMIC-Niveaus moderater steigen als der SMIC – wie es 2003-2005 der Fall war –, führt das zu einer Komprimierung der Lohnstruktur von unten und somit zu einem höheren Anteil an SMIC-Beschäftigten (L'Horty 2007). Die dämpfenden Effekte der Monatsgarantien sind dabei auch zu berücksichtigen. Wenn aber höhere Löhne deutlich stärker steigen,

kann sich das Dezilverhältnis D9/D5 erhöhen, so dass das gesamte Dezilverhältnis D9/D1¹² – und damit die Lohnungleichheit – insgesamt trotzdem zunimmt (Koubi/Lhommeau 2007).

Die 90er Jahre bis 2005 waren in Frankreich aber von einer bemerkenswert stabilen Lohnverteilung gekennzeichnet. Der Anteil der Niedriglohnverdiener blieb konstant zwischen 12-14 % (Caroli et al. 2008, COE 2006 Annexe II; CSERC 1999, S. 105, OECD 2007 Tabelle H, sowie Tabelle 2). Dass das Dezilverhältnis D5/D1 sich reduziert und die Zunahme der Lohnungleichheit bestimmt hat (Tabelle 2), spricht für die stabilisierende Wirkung des SMIC¹³ und steht in eklatantem Widerspruch zu Deutschland, wo der Niedriglohnanteil seit Mitte der 90er Jahre stetig stieg und zuletzt mit 22 % der deutschen Arbeitnehmer quantifiziert wurde (Bosch et al. 2008). Einige Indikatoren sprechen dafür, dass sich die französische Verteilung bis zuletzt nicht verschlechtert hat (die Lohnquote blieb stabil, ebenso wie die Gewinnquote des nicht-finanziellen Sektors). Damit dürfte der französische Mindestlohn einen wesentlichen Anteil an der stabilen Lohnverteilung in Frankreich haben (siehe CSERC 1999 und Cahuc et al. 2008 für einen Überblick der SMIC-Effekte auf die Lohnverteilung; sowie Fitoussi 1994, Card et al. 1999, Bazan 2000 und Caroli et al. 2008).

Von der Lohn- zur Einkommensverteilung

Die französische Einkommensverteilung ist wie die Lohnverteilung stabil geblieben. Dies zeigen die Armutsquoten des INSEE¹⁴ und die Gini-Koeffizienten zur Messung der Verteilungsungleichheit von Eurostat (Tabelle 2). Auch die Lohnspreizung inklusive Lohnersatzleistungen ist zwischen 2002 und 2005 stabil geblieben (INSEE 2007, S. 116, gemessen an den im Jahr bezogenen Lohnverteilung und Arbeitslosengeld). Das bedeutet, dass in Frankreich die Armut und Einkommensungleichheit trotz oder wegen des relativ hohen Mindestlohns stabil geblieben ist. Wäre der SMIC, wie dies manche deutsche Ökonomen behaupten, verantwortlich für eine Arbeitsmarktmisere bei Geringqualifizierten, würden wir hingegen eine deutliche

¹² Beim Dezilverhältnis wird die Bevölkerung nach Einkommenshöhe geordnet. Unter dem Wert D1 liegen die Ärmsten 10 % der gesamten Bevölkerung, unter dem Wert D5 die Hälfte der Bevölkerung, und über D9 die einkommensstärksten 10 %. Ein Dezilverhältnis beschreibt somit die relativen Einkommensdifferenzen zwischen den so definierten verschiedenen Einkommenschwellen.

¹³ Siehe Picketty (2003). Dieser Artikel untersucht die Einkommensverteilung in Frankreich zwischen 1901 und 1998. Neben dem SMIC werden die Inflation und die progressive Einkommenssteuer als weitere Determinanten einer egalitären Einkommensverteilung identifiziert.

¹⁴ INSEE: französisches Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien.

Tabelle 2

Französische Einkommensverteilung								
Anteil der Niedrig- lohn- verdiener in %	Armuts- quote in % (60%)	Armuts- quote in % (50%)	Gini- Koeffizient (Eurostat)	Gini- Koeffizient (INSEE)	Dezil- verhältnis D9/D1	Dezil- verhältnis D5/D1	Dezil- verhältnis D9/D5	
1	2	3	4	5	6	7	8	
1970		17,9	12,0					
1975		16,6	10,2					
1979		14,2	8,3					
1984		13,5	7,7					
1990		13,8	6,6					
1995	13,7			0,29				
1996	13,5	13,5	7,2	0,29	0,271	3,35	1,83	1,83
1997	13,6	13,4	6,9	0,29	0,27	3,3	1,8	1,8
1998	12,6	12,8	6,7	0,28	0,268	3,26	1,79	1,83
1999	11,7	12,3	6,4	0,29	0,269	3,23	1,77	1,83
2000	12,6	12,7	6,5	0,28	0,272	3,27	1,78	1,84
2001	11,6	12,4	6,1	0,27	0,272	3,23	1,77	1,83
2002	12,2	12,2 (12,0)	6,0 (5,9)	0,27	0,267 (0,269)	3,20 (3,21)	1,77 (1,76)	1,81 (1,82)
2003		12,0	6,3	0,27	0,269	3,17	1,76	1,81
2004		11,7	6,2	0,28	0,268	3,14	1,74	1,80
2005		12,1 (13,1)	6,3 (7,1)	0,28	0,269	3,15	1,76	1,80
2006		13,2	7,1	0,27				

Quelle Spalte 1: Caroli et al. (2008, Tabelle 2.6, S. 35). Berechnungen mit Lehrlingen oder mit einer Arbeitszeitgewichtung ergeben ähnliche Tendenzen.

Quelle Spalten 2 und 3: INSEE, die Armutsquoten sind definiert als Anteil von Individuen an der Gesamtbevölkerung, die in Haushalten mit weniger als 50% bzw. 60% des Medianeinkommens leben. Die Statistik wurde 2002 und 2005 modifiziert; die Zahlen in Klammern sind für die Vergleiche nach 2002 bzw. 2005 relevant, diejenigen ohne Klammern für die Vergleiche vor 2002 bzw. 2005. Die statistische Präzision wird vom INSEE mit +/- 0,4%-Punkte für die 60%-Schwelle und mit +/- 0,3%-Punkte für die 50%-Schwelle angegeben.

Quelle Spalte 4: Eurostat. Der Gini-Koeffizient ist ein Verteilungsindikator zwischen 0 und 1. Je näher an Null, desto gleicher die Verteilung der Einkommen.

Quellen Spalten 5-8: INSEE, Portrait social 2007, S.72, sowie Portrait Social 2004/2005 S. 53 und Portrait Social 2005/2006 S. 56. 2002 wurde die Statistik modifiziert; die Zahlen in Klammern sind für die Vergleiche nach 2002 relevant, diejenigen ohne Klammer für die Vergleiche vor 2002. Die Zahlen der Interdezile für 1997 sind nur mit einer Kommastelle verfügbar.



Zunahme von Armut und Ungleichheit erwarten. Laut diesen Indikatoren hat Frankreich aber eine gute Performance abgeliefert.

Vergleicht man dies mit Deutschland, wo die Arbeitsmarktreformen mit einem Abbau des Sozialstaats und mehr Lohnungleichheit einhergingen, die der Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre offensichtlich nicht überkompensieren konnte, fällt die französische Bilanz entsprechend positiver aus (siehe Horn/Logeay/Zwiener 2008, Bosch et al. 2008, Brenke 2007, Destatis 2006, Grabka/Frick 2008).

Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass Frankreich und Deutschland seit Beginn der Währungsunion völlig unterschiedliche Wege beschritten haben. Während in Frankreich viel Wert auf den Erhalt einer binnenwirtschaftlichen Dynamik gelegt wurde, stand für die Wirtschaftspolitik in Deutschland immer im Vordergrund,

die Exportperformance mittels erhöhter Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnmoderation zu verbessern. Pauschal im Hinblick auf den Wohlstand betrachtet, führten beide Strategien zum gleichen Ergebnis: Das pro Kopf Wachstum unterscheidet sich kaum. Doch ist dies aus deutscher Sicht allein der schrumpfenden Bevölkerung zu verdanken.

Insgesamt ist aber die französische Wirtschaft stärker gewachsen und hat mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt integriert als die deutsche. Die bessere Integration ist ein entscheidender Vorteil des französischen Wegs und zeigt, dass Beschäftigungsaufbau nicht mit einer Lohnmoderation einhergehen muss. Die dynamischere Binnennachfrage wurde durch eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen als in Deutschland unterstützt, die nur durch einen Mindestlohn und eine ausgeprägte allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei einer staatlichen Flankierung durch Kombilöhne erreicht werden konnte. Eine Panazee für

die Verteilungsproblematik ist dies aber nicht, denn eine effiziente Finanzpolitik bleibt gefragt.

Während in Deutschland als Folge der schwachen Lohnzuwächse der Anteil der Arbeitnehmerinkommen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen immer mehr gedrückt wurde (Horn et al. 2008, Logeay/Zwiener 2008), ist dies in Frankreich in weitaus weniger starkem Ausmaß der Fall gewesen. Dies hat auch tiefe Spuren in der Einkommensverteilung in Deutschland hinterlassen (Grabka/Frick 2008, Bosch et al. 2008) und die Binnennachfrage erheblich geschwächt.

Der Blick in die Zukunft stimmt gleichwohl für beide Länder skeptisch. In Frankreich sind die positiven Effekte der Arbeitszeitverkürzung offensichtlich ausgefallen. Hinzu kommt, dass die flankierenden staatlichen Maßnahmen das Budget sehr belasten und es fraglich ist, ob die geplanten Reformen der neuen Regierung das Niveau der Einkommensstabilisierung auf Dauer aufrecht erhalten werden können. Außenwirtschaftlich gerät Frankreich immer mehr unter den Druck der sich immer noch ständig verbessernden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Was auf den ersten Blick wie ein Vorteil Deutschlands erscheint, entpuppt sich auf den zweiten als Quelle europäischer Instabilität. Zwar kann Deutschland nach wie vor auf eine relativ gute Exportkonjunktur hoffen, doch werden die politischen und gesellschaftlichen Probleme, die mit dem Lohndruck nach unten verbunden sind, immer deutlicher und auf Dauer eine Kursänderung erzwingen. Zudem wachsen die außenwirtschaftlichen Spannungen im Euroraum, da die Außenhandelsbilanzen der übrigen Mitglieder des Euroraums zunehmend unter Druck geraten. Mit anderen Worten: Ein wirtschaftspolitischer Wandel tut Not.

Angesichts der sich abzeichnenden Abschwächung der Weltwirtschaft wird auch der deutsche Außenhandel an Dynamik verlieren. Da Deutschland damit seinen einzigen Wachstumsmotor verlieren könnte, erscheint eine stärkere Förderung der Binnenwirtschaft auch durch wieder produktivitätsorientierte Lohnzuwächse umso dringender – und Frankreichs Wirtschaftspolitik als mögliches Vorbild dafür umso attraktiver.

Literatur für den Haupttextteil

Bassanini, A./Duval, R. (2006): Employment Patterns in OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institutions, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 486.

Bazen, S. (2000): The impact of the regulation of low wages on inequality and labour-market adjustment: A comparative analysis, *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 16(1), P. 57-69.

Berry, J.-B. (2008): Les bénéficiaires de la revalorisation du SMIC au 1er juillet 2007. *Premières Informations, DARES*, No 10.3(3).

Bosch, G./Kalina, T./Weinkopf, C. (2008): Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite, *WSI Mitteilungen*, Nr. 8, S. 423-430.

Brenke, K. (2007): Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland, *DIW Wochenbericht*, Nr. 6, S. 73-79.

Cahuc, P./Cette, G./Zylberberg, A. (2008, noch unveröffentlicht): Salaire minimum et bas revenus : comment concilier justice sociale et efficacité économique?, *Rapport du Conseil d'Analyse Economique*.

Card, D./Kramarz, F./Lemieux, T. (1999): Changes in the Relative Structure of Wages and Employment: A Comparison of the United States, Canada, and France, *The Canadian Journal of Economics*, Vol. 32 (4), S. 843-877.

Caroli E./Gautié, J./Askénazy, P. (2008): Low-Wage work and Labor market institutions in France. *Low-Wage Work in France*, Caroli/Gautié (Hrsg.), Russel Sage Foundation, New-York, Chapt. 2, P. 28-87.

COE (2006): Rapport au Premier Ministre relatif aux aides publiques, *Conseil d'orientation pour l'emploi*, 8 février 2006, Paris.

CSERC (1999): Le Smic: Salaire Minimum de Croissance. *Rapport du Conseil supérieur de l'emploi, des revenus et des coûts*, La Documentation Française, Paris.

Destatis (2008): Bevölkerungszahl vermutlich um 1,3 Millionen zu hoch, *Pressemitteilung Nr. 265*, 22. Juli, (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/07/PD08__265__121,templateId=renderPrint.phtml).

Destatis (2006): Datenreport 2006, Zahlen und Fakten über die BRD, Kap. 18, Wiesbaden.

Fitoussi, J.-P. (1994): Wage Distribution and Unemployment: The French Experience, *The American Economic Review*, Vol. 84(2), P. 59-64.

Grabka, M./Frick, J. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, DIW Wochenbericht, Nr. 10, S. 101-108.

Gubian, A./Jugnot, S./Lerais, F./Passeron, V. (2004): Les effets de la RTT sur l'emploi: des simulations ex ante aux évaluations ex post. Economie et Statistique, INSEE, No 376-377.

Horn, G./Rietzler, K./ (2007): Forcierte Angebotspolitik löst keinen zusätzlichen Investitionsschub aus. Ein Zyklenvergleich, IMK Report, Nr. 24.

Horn, G./Logeay, C./Zwiener, R. (2008): Wer profitierte vom Aufschwung ?, IMK Report, Nr. 27.

ifo (2008): Schutz vor Niedriglöhnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, ifo Schnelldienst, Nr. 6.

INSEE (2007): Vue d'ensemble – Indicateurs d'inégalités sociales. In Portrait social, INSEE, Paris.

Jamet, S. (2005): Allègements généraux de cotisations sociales et emploi peu qualifié: de l'impact sectoriel à l'effet macro-économique, Document d'étude de la DARES, No 103.

Koubi, M. /Lhommeau, B. (2007): Les effets de redistribution de court terme des hausses du SMIC dans les grilles salariales des entreprises de dix salariés ou plus sur la période 2000-2005, Les Salaires en France, INSEE.

Lhommeau, B./Rémy, V. (2008): Les politiques d'allègements ont-elles un effet sur la mobilité salariale des travailleurs à bas salaires?, Document d'étude de la DARES, No 134.

L'Horty, Y. (2006): Dix ans d'évaluation des exonérations sur les bas salaires. Connaissance de l'Emploi, No 24.

L'Horty, Y. (2007): Des hausses du SMIC en trompe-l'œil. Connaissance de l'Emploi, No 43.

Logeay, C./Zwiener, R. (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, WSI Mitteilungen, Nr. 8, S. 415-422.

Monopolkommission (2008): Weniger Staat, mehr Wettbewerb – Gesundheitsmärkte und staatliche Beihilfen in der Wettbewerbsordnung, XVII Gutachten für 2006/2007, Abb. II.1., S. 99, Bonn (http://www.monopolkommission.de/aktuell_hg17.html).

OECD (2006): OECD Employment Outlook, Boosting Jobs and Income, Paris.

OECD (2007): OECD Employment Outlook, Addressing the globalisation paradox, Paris.

Pham, H. (2002): Les modalités de passage à 35 heures en 2000, Premières Synthèses, No 06.3.

Pham H. (2003): Les 35 heures dans les très petites entreprises, Premières Synthèses, No 46.1.

Picketty, T. (2003): Income Inequality in France, 1901–1998, Journal of political economy, Vol. 111 (5), P. 1004-1042.

Roguet B. (2008): Le coût des politiques de l'emploi en 2006. Premières Synthèses, No 30.1.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2006): Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen, Jahresgutachten 2006/07, Wiesbaden.

Appendix 1

Der französische Mindestlohn (SMIC): Eine Einführung

Camille Logeay (IMK) und
Thorsten Schulten (WSI)

Wann ist der SMIC eingeführt worden?

Im Jahr 1970 wurde der *Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance* (berufsübergreifender Mindestlohn für Wachstum) begründet und ersetzte den SMIG (berufsübergreifender garantierter Mindestlohn), der 1950 eingeführt worden war.

Was misst der SMIC und was nicht?

Der SMIC ist ein Brutto-Stundenlohn, enthält also Steuern und Abgaben des Arbeitnehmers, jedoch nicht die Abgaben des Arbeitgebers. Zum SMIC gehören nur Teile des Entgelts, der sog. Basislohn. Neben dem Hauptgehalt sind noch die meisten Bonuszahlungen und Zuzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld und nicht-monetäre Vorteile berücksichtigt. Hingegen sind Ortszuschläge, Überstunden, Nacht-/Sonn-/Feiertagszuschläge, arbeitsbedingte Zuschläge, einige Boni und Gewinnbeteiligungen nicht berücksichtigt. Dies ist die Definition für "SMIC-Beschäftigte".

Das CSERC (1999, Tab. 7) berechnete, dass bei Betrachtung des gesamten Arbeitseinkommens nur ungefähr 35 % der "SMIC-Vollzeit-Beschäftigten" 1994 tatsächlich einen effektiven Stundenlohn auf SMIC-Niveau erhielten, d.h. bis zu $1,02 \cdot \text{SMIC}$ (41 % der Vollzeit-SMIC-Beschäftigten). Nimmt man eine höhere Schwelle ($1,1 \cdot \text{SMIC}$) steigt der Anteil auf 57 % (bzw. 64 %). Für 2002 berechnet Seguin (2006), dass 40 % der "SMIC-Beschäftigten" einen effektiven Stundenlohn über $1,1 \cdot \text{SMIC}$ erreichen. Dies muss bei internationalen Vergleichen berücksichtigt werden, wie in den folgenden Abschnitten klar wird.

Für wen gilt der SMIC?

Der SMIC gilt für alle Beschäftigten, die über 18 Jahre alt sind und in Frankreich (auch in den Übersee-Gebieten, mit gleichem Satz seit 1996) arbeiten. Ausnahmen sind Auszubildende, Arbeitnehmer unter 18 Jahren ohne Berufserfahrung und zum Teil behinderte Personen. Sie bekommen einen reduzierten SMIC (80 bis 90 %). Einige Berufe, bei denen die Arbeitszeit schwer messbar ist (z.B. Handelsvertreter), sind vom SMIC ausgeschlossen.

Wie wird der SMIC angepasst?

Es gibt per Gesetz eine Mindestanpassung, die mittlerweile jährlich am 1. Juli stattfindet. Bei hoher Inflation muss allerdings vorzeitig eine Korrektur vorgenommen werden, wie es z.B. in den 70er und 80er Jahren der Fall war, oder zuletzt im Mai 1996 und Mai 2008. Diese Mindestanpassung besteht aus zwei Säulen:

1) Eine Inflationsindexierung: Die Inflationsrate seit der letzten Änderung, gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) ohne Tabak für einen städtischen Arbeiterhaushalt, muss vollkommen überwältigt werden.

2) Eine Verteilungskomponente: Die Hälfte der Kaufkraft des durchschnittlichen Brutto-Arbeiter-Stundenlohns (der Preisindex ist derselbe wie oben) soll bei der SMIC-Erhöhung berücksichtigt werden. Mathematisch ausgedrückt:

$$\Delta\% \text{ SMIC} = \Delta\% \text{ VPI} + \frac{1}{2} \Delta\% (W^{\text{Arbeiter}} / \text{VPI}) = \frac{1}{2} \Delta\% \text{ VPI} + \frac{1}{2} \Delta\% (W^{\text{Arbeiter}})$$

wobei $\Delta\%$ die Wachstumsrate zwischen zwei Anpassungen, VPI den Referenz-Konsumentenpreisindex (ohne Tabak für einen städtischen Arbeiterhaushalt) und W^{Arbeiter} den Referenz-Stundenlohn (Arbeiter, brutto) angibt.

Zudem kann die Regierung entscheiden, den SMIC über die Mindestanpassung hinaus zu erhöhen (sog. "coup de pouce" - Anschlag). Bis auf Präsident Sarkozy setzten seit der SMIC-Einführung alle Präsidenten (links wie rechts) einen "coup de pouce" im Jahr ihrer Wahl oder Wiederwahl. Ein "coup de pouce" heißt nicht unbedingt, dass sich die Lohnschere reduzieren wird, weil die Mindestanpassung ja nur die Hälfte der Kaufkraft der unteren Löhne an die Kaufkraft des SMIC weitergibt.

Wie hoch ist der SMIC, absolut und relativ?

Im Juli 2008 betrug er 8,71€/Stunde (oder 1321,02€/Monat mit der gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden). Im Jahresdurchschnitt lag er 2007 bei 8,36€/Stunde. Nach OECD-Zahlen (LPC 2008, Appendix 4) lag der SMIC bei 61 % des Medianlohns eines Vollzeitbeschäftigten, während der britische Mindestlohn (NMW) bei 45 % und der US-Mindestlohn bei 31 % liegen (Werte von 2006 für Vollzeitbeschäftigte). Andere Zahlen weisen für Frankreich einen SMIC zwischen 54 % (Lohnkostenmessung) und 64 % (Nettolohnmessung) des (Vollzeit) - Medianlohns 2006 aus (Cahuc/Cette/Zylberberg 2008 anhand von Daten der DARES).¹⁵ Für einen Vergleich SMIC/NMW,

¹⁵ DARES: Direction für Forschung, Studien und Statistiken des französischen Arbeitsministeriums.

der Lebenskosten und Steuersysteme berücksichtigt, siehe Boissinot (2008).

Wie viele Personen beziehen den SMIC?

Das ist eine schwierig zu berechnende Zahl, da der SMIC unmittelbare Effekte auf die Lohnstruktur hat, vor allem im unteren Bereich, sowie indirekte Effekte durch die von der Kombilohnregelung verursachte SMIC-Falle.¹⁶ Die Low Pay Commission (LPC) in Großbritannien verweist auf ähnliche Probleme bezüglich der Endogenität der Lohnstruktur bei der Messung der Mindestlohn-Bezieher. Frankreich verfügt über eine Statistik, die speziell für die SMIC-Beobachtung konstruiert ist (SMIC-ACEMO) und zum 2. Quartal veröffentlicht wird. Das INSEE führt zudem eigene Einkommensstatistiken.

Das INSEE berechnet den Anteil der SMIC-Bezieher als den Personenkreis, der ein effektives Jahreseinkommen (in Stundenlohn umgerechnet) von bis zu $1,02 \times \text{SMIC}$ verdient. Die DARES hingegen definiert den Anteil als den Personenkreis, dessen Basislohn am 1. Juli durch die SMIC-Erhöpfung angepasst wird, was eine Überschätzung des Jahresdurchschnitts mit

sich bringt (CSERC 1999). Die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Berechnungsmethoden sind erheblich, wie in Abbildung A1.1 erkennbar ist.

Hier sind die Eurostat-Zahlen für den Anteil der Mindestlohn-Vollzeit-Bezieher im internationalen Vergleich sehr trügerisch, weil Eurostat die nationalen Zahlen ohne Korrektur übernimmt. Tatsächlich divergieren die nationalen Definitionen eines "Mindestlohn-Beschäftigten" stark voneinander, der betrachtete Personenkreis ist von Land zu Land unterschiedlich und der Zeitpunkt der statistischen Erhebung ist ebenfalls nicht neutral. Daher eignen sich die diesbezüglichen Eurostat-Daten nicht für internationale Vergleiche.

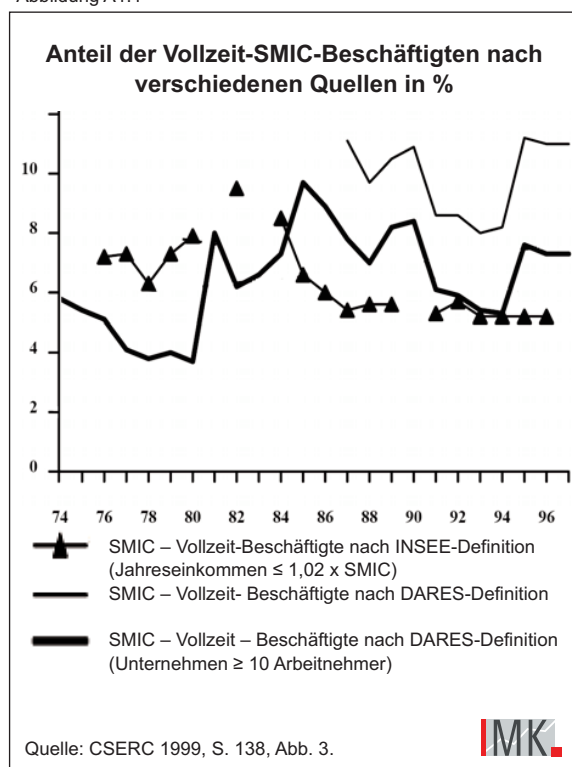
Um dies zu veranschaulichen, werden hier Frankreich und Großbritannien einander gegenübergestellt:

Definition: In Frankreich werden die SMIC-Beschäftigten nur auf Grund ihres erhaltenen Basislohns identifiziert (siehe oben sowie die Diskrepanz zwischen INSEE- und DARES-Berechnungen in Abbildung A1.1). In Großbritannien werden hingegen die gesamten (Standard-) ¹⁷ Lohneinkommen herangezogen, inklusive Boni aller Art, was eher der INSEE-Berechnung entspricht. Dies bewirkt eine Überschätzung des französischen Betroffenenkreises im Vergleich zu den britischen Zahlen.

Personenkreis: In Frankreich wird in den Berechnungen der DARES, die Eurostat übernimmt, nur ein Teil der Wirtschaft betrachtet. Insbesondere werden Land- und Forstwirtschaft, die Zeitarbeitsbranche, der staatliche Sektor und staatsnahe Dienstleistungen (z.B. Gesundheit) und Lehrlinge ausgeschlossen. Würden sie berücksichtigt werden, wäre die Zahl der Mindestlohnbezieher geringer, weil der staatliche Sektor sehr groß ist und eine unterdurchschnittliche SMIC-Inzidenz aufweist. Die britischen Zahlen, die Eurostat übernimmt, beinhalten den öffentlichen Sektor und die staatsnahen Dienstleistungen, die Zeitarbeitsbranche und die Landwirtschaft. Somit sind die britischen Zahlen im Vergleich zu den französischen unterschätzt.

Zeitpunkt: In Frankreich werden die SMIC-Beschäftigten unmittelbar nach der SMIC-Erhöpfung erfasst. Da eine SMIC-Indexierung der Arbeitsverträge per Gesetz verboten ist, passt sich die Lohnstruktur erst mit Verzögerung an, so dass der Jahreswert des Anteils niedriger liegt als der von der DARES veröffentlichte Wert. Dies ist in Großbritannien anders, da die statistische Erfassung (April) vor bzw. nach der Mindestlohnanpassung (Oktober) stattfindet. Im Ergebnis werden die französischen Zahlen dadurch überschätzt.

Abbildung A1.1



¹⁶ Die SMIC-Falle entsteht, wenn durch die Kombilohnregelung eine Erhöhung des Bruttolohns zu einer überproportionalen Erhöhung der Arbeitskosten führt. Dadurch wird der Anreiz für Arbeitgeber, Lohnerhöhungen im Niedriglohnbereich zu gewähren, geringer - und so schwindet auch die Lohnmobilität nach oben.

¹⁷ Überstunden sowie Schichtarbeitprämien werden in beiden Ländern nicht berücksichtigt.

Datenqualität: Obwohl Eurostat angibt, die nationalen Zahlen zu übernehmen, weisen die Eurostat-Zahlen für die Jahre 1999 bis 2004 unplausible bzw. den offiziellen Schätzungen der DARES widersprechende Größenordnungen aus.¹⁸ Die Eurostat-Zahlen waren für diesen Zeitraum im Schnitt 3,2 bis 3,9 Prozentpunkte höher als die DARES-Zahlen.

Ein Rechenbeispiel für die Kumulation dieser Effekte findet sich in Askenazy (2008b). Die Vollzeit-Zahl ist auch wenig aussagekräftig, da Teilzeitarbeitnehmer (in Frankreich, Großbritannien und den USA) überdurchschnittlich von den jeweiligen Mindestlöhnen betroffen sind.¹⁹ Daher wäre es sinnvoller, den Anteil aller Mindestlohnbeschäftigten an allen Arbeitnehmern zu nehmen, inklusive Jüngerer und Teilzeitbeschäftigter.

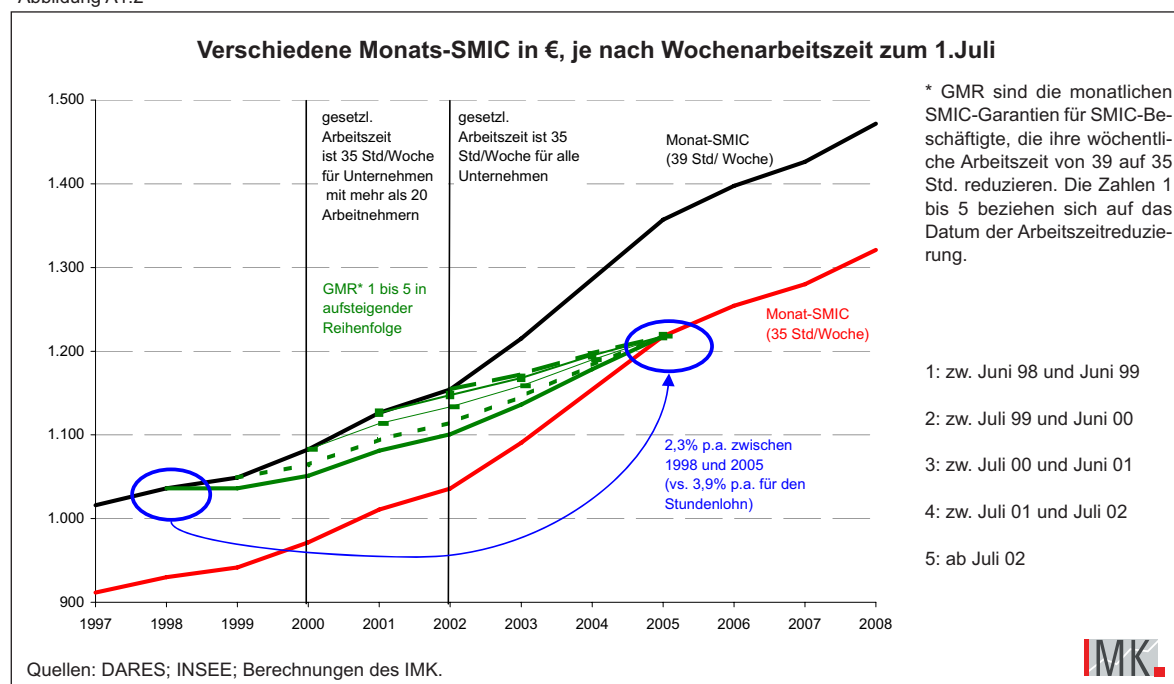
Wer sind die SMIC-Beschäftigten?

Nach Seguin (2006) waren es im Jahr 2002 vor allem Beschäftigte in kleinen Unternehmen (30 % der Beschäftigten in sehr kleinen Unternehmen sind SMIC-Beschäftigte und 48 % aller SMIC-Beschäftigten arbeiten in diesen Unternehmen), Frauen (22 % bzw. 55 %), Jugendliche (30 % bzw. 15 %) und Teilzeitkräfte (31 % bzw. 39 %).

Ist der SMIC in den letzten Jahren wirklich so stark gestiegen?

Ja und nein! Der offizielle Stundenmindestlohn ist tatsächlich zwischen 1997 und 2005, den Schlüsseljahren der Arbeitszeitreduzierung, relativ stark um 3,7 % pro Jahr gestiegen. Aber dies war das direkte Ergebnis einer Konvergenzpolitik im Rahmen der 35-Stunden-Woche und indirekt durch die Mindestanpassungsregelung die Folge der Verbreitung der Arbeitszeitreduzierung. Damit SMIC-Beschäftigte keine Lohnsenkung erfahren, wurden Monatsgarantien (sog. GMR) eingeführt, um die Differenz zwischen dem bisherigen Monatsentgelt und dem theoretisch richtigen Produkt zwischen nun reduzierter Arbeitszeit und SMIC-Stundenlohn zu füllen. Diese Monatsgarantien wurden dann unterschiedlich hoch angesetzt, je nach Zeitpunkt der Arbeitszeitreduzierung (zwischen 1998 und 2002 bis zu fünf verschiedene). Um die Ungleichbehandlung und Komplexität zu beenden, wurde eine Konvergenz aller 35-Stunden-Monatsentgelte bis 2005 durchgeführt (sog. Fillon-Gesetz 2003), so dass heute nur noch ein (effektiver) Mindeststundenlohn bei einer 35-Stunden-Woche existiert. Die Monatsgarantien haben sich weniger stark als der SMIC entwickelt,

Abbildung A1.2



¹⁸ Zwei diesbezügliche Anfragen bei Eurostat Ende Juli blieben bis zum Redaktionsschluss unbeantwortet.

¹⁹ Von 2000 bis 2007 waren durchschnittlich 23 % der britischen Arbeitnehmer Teilzeitbeschäftigte, während dieser Wert in Frankreich und in den USA nur 13 % beträgt (OECD 2008).

dafür hat der damalige Arbeitsminister (seit Mai 2002 unter konservativer Flagge) den SMIC sehr erhöht. Daher rührt der Anstieg um 3,7 % pro Jahr, der sich aber auf durchschnittliche 2,3 % pro Jahr reduziert, wenn man die Monatsentgelte der SMIC-Beschäftigten betrachtet (Abbildung A1.2). Der Effekt auf die Arbeitskosten wurde darüber hinaus sehr von den Kombilohnregelungen abgefedert; L'Horty (2007) schätzt z.B., dass sich der reale Stunden-SMIC zwischen 1999 und 2006 um 2,5 % pro Jahr (nominal 4,2 % pro Jahr) erhöht hat, aber die realen Arbeitskosten für einen SMIC-Beschäftigten nur um 1,5 % pro Jahr. Somit könne der Beschäftigungseffekt – auch bei der Annahme einer hohen Arbeitsnachfrageelastizität – nicht groß sein, zumal die Arbeitsproduktivität in dieser Zeit stark gestiegen ist. Der SMIC hat also aggregiert gesehen keine Arbeitskostenexplosion verursacht.

Aktuelle Reformvorhaben zur Gestaltung des SMIC

Anfang August 2008 hat die konservative französische Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Verfahren zur regelmäßigen Anpassung des SMIC „modernisiert“ werden soll (Assemblée Nationale 2008). Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Die Einrichtung einer **unabhängigen Expertenkommission** („Commission du SMIC“), die ähnlich wie die Low Pay Commission in Großbritannien einmal jährlich einen Bericht über die ökonomischen Auswirkungen des SMIC verfassen und Empfehlungen für dessen Erhöhung aussprechen soll.
- Die **Verschiebung des Zeitpunktes** der jährlichen Anpassung des SMICs vom 1. Juli hin zum 1. Januar eines Jahres ab 2010: Damit soll es den Tarifvertragsparteien erleichtert werden, in den jährlichen Verhandlungen die Tarifverträge an den SMIC anzupassen.
- Die **Koppelung von Kombilöhnen an die Durchführung von Tarifverhandlungen**: Hiermit soll in zweifacher Hinsicht das Tarifvertragssystem gestärkt werden. Zum einen sollen in Unternehmen, die keine jährlichen Tarifverhandlungen führen, die Lohnsubventionen um 10 % gekürzt werden. Zum anderen sollen sich in Branchen, in denen Tarifverträge mit Lohngruppen unterhalb des SMIC existieren, die maximalen Lohnzuschüsse nicht mehr an der Höhe des SMIC, sondern am untersten Tariflohn orientieren.

Die Reformen der Regierung orientieren sich an Vorschlägen, die vom Conseil d'Orientation pour l'Emploi (COE 2008) und vom Conseil d'Analyse Economique (CAE: Cahuc/Cette/Zylberberg 2008) formuliert wurden. Ursprünglich wurden hierbei noch weiterge-

hende Forderungen wie die teilweise oder sogar vollständige Abschaffung der automatischen Indexierung des SMIC formuliert, die nun zunächst jedoch nicht verändert werden soll. Den Hintergrund der aktuellen SMIC-Debatte bildet die von einigen französischen Ökonomen und Politikern geäußerte Befürchtung, dass die relativ rasche Erhöhung des SMIC sich in den letzten Jahren ökonomisch negativ ausgewirkt hat, was innerhalb der französischen Diskussion jedoch umstritten ist (Askenazy 2008a).

Literatur für den Appendix 1

Askenazy, P. (2008a): Est-il urgent de réformer le SMIC? Alternatives Economiques No 269, P. 56-57.

Askenazy, P. (2008b): SMIC: questions-réponses – épisodes 1 et 2, La vie des idées (<http://www.lavie-desidees.fr/SMIC-questions-reponses.html>).

Assemblée Nationale (2008): Projet de loi en faveur des revenus du travail, Document No 1096, 5. August.

Boissinot, J. (2008): Le National Minimum Wage est-il comparable au SMIC?. Trésor-Eco No 31, DGTPE-Französisches Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium (MEFE).

Cahuc/P. /Cette, G. /Zylberberg, A. (noch unveröffentlicht): Salaire minimum et bas revenus: comment concilier justice sociale et efficacité économique ?, Rapport du Conseil d'Analyse Economique (http://www.cae.gouv.fr/rapports/dl/CAE_RapportSMIC.pdf).

COE (Conseil d'Orientation pour l'Emploi) (2008): Avis du Conseil sur la conditionnalité des allègements de cotisations sociales et la procédure de fixation du SMIC, Februar (http://www.coe.gouv.fr/IMG/pdf/avis_saisine_20_décembre_2007-2.pdf).

CSERC (1999): Le Smic: Salaire Minimum de Croissance, Rapport du Conseil supérieur de l'emploi, des revenus et des coûts, La Documentation Française, Paris.

L'Horty, Y. (2007): Des hausses du SMIC en trompe-l'œil, Connaissance de l'Emploi, No 43, Juin.

LPC (2008): National Minimum Wage, Low Pay Commission Report, March, London.

OECD (2008): FTPT employment based on a common definition (<http://webnet.oecd.org/wbos/index.aspx>).

Seguin, S. (2006): Les salariés au SMIC en 2002: un sur deux travaille dans une petite entreprise, un sur quatre gagne plus de 1,3 SMIC horaire grâce à des compléments de salaire, Premières Synthèses Nr. No 2(7), DARES.

Appendix 2

Der französische Mindestlohn und Jugendarbeitslosigkeit

Camille Logeay (IMK)

In der deutschen Mindestlohndebatte wurde mehrfach behauptet, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich deshalb so hoch ist, weil der Mindestlohn, der spätestens nach 6 Monaten Berufserfahrung auch für Jugendliche gilt, zu hoch sei (siehe ifo 2008). Gegen diese verkürzte Darstellung wurden schon Gegenargumente vorgebracht (Böckler Impuls 2008, S. 6). Hier soll einem Teil dieser Argumentation bezüglich der hohen französischen Jugendarbeitslosigkeit nochmals ausführlicher nachgegangen werden. Dabei zeigt sich, dass bei internationalen Vergleichen die Arbeitslosenquote für Jüngere ein suboptimaler Indikator zur Messung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist.

Die Arbeitslosenquote: Ein verzerrter Indikator zur Messung der Unterbeschäftigung bei Jüngeren

Der Grund für die hohe Arbeitslosenquote bei Jugendlichen (15-24- bzw. 15-19-Jährigen) in Frankreich liegt nicht so sehr am Zähler (Zahl der Arbeitslosen) sondern vielmehr am Nenner (Zahl der Erwerbspersonen). Der Anteil der Nicht-Erwerbspersonen unter den Jüngeren ist in Frankreich viel höher als in Deutschland.

Der Hauptgrund für das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt liegt an den unterschiedlichen (Aus-)Bildungssystemen, wie dies die Eurostat-Umfrage der Arbeitskräfteerhebungstatistik wiedergibt. Zwischen 1996 und 2002 – dem Zeitraum, für den Daten verfügbar sind – haben 97 bis 98 % der französischen 15-24-Jährigen eine Ausbildung oder berufliche Fortbildung als Grund für ihr Fernbleiben vom Arbeitsmarkt angegeben. Für die deutschen Jugendlichen derselben Altersgruppe wird dieser Grund nur zu 85 bis 89 % angeführt. Aus Quellen des französischen Forschungs- und Bildungsministeriums bezüglich der Schulbesuchsquote wird dieses Bild bestätigt (Tabelle A2.1). Das Schulsystem in Frankreich ist als Ganztagschule organisiert, wodurch die Schülererwerbstätigkeit deutlich mehr eingeschränkt ist als in Deutschland. Das duale Bildungssystem ist in Frankreich bislang viel weniger verbreitet als in Deutschland, und das Studium lässt meistens wenig Raum, um Erwerbstätigkeiten nachzugehen.²⁰

²⁰ Laut BMBF (2007) waren 2006 in Deutschland fast zwei Drittel der Studierenden im Erststudium nebenher erwerbstätig, während dies in Frankreich laut INSEE (2008b) für 2004-2006 nur für ca. 20 % aller Studierenden (Erst- und Zweitstudium) zutrif.

Abbildung A2.1

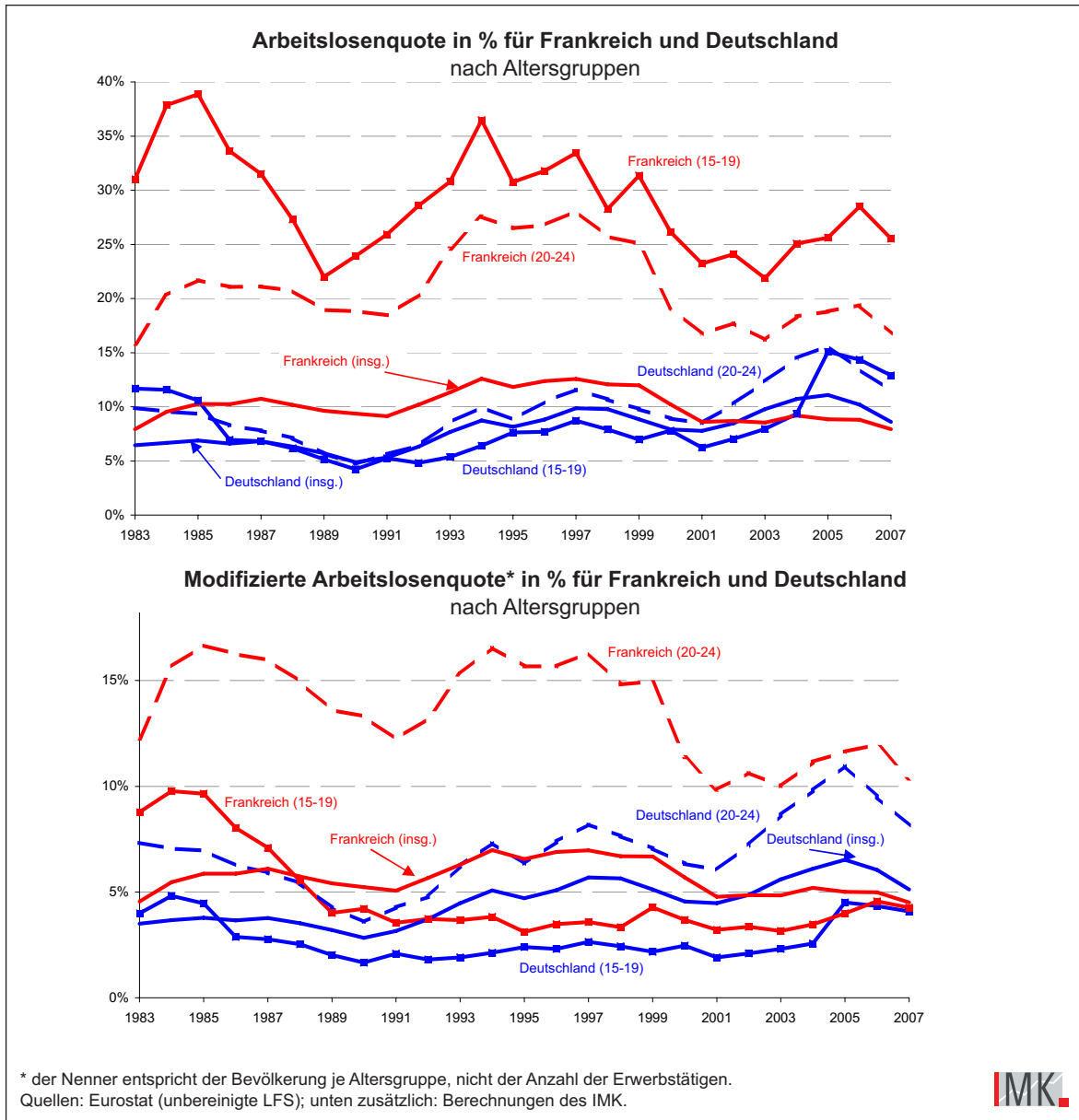


Tabelle A 2.1

Bildungsbeteiligungsquote in % nach Jahrgängen und Alter zum 1. Januar in Frankreich

	Alter jeweils zum 1. Januar															
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
1985-1986	99,2	98,1	91,4	82,2	58,6	40,3	26,7	19,5	14,1	10,3	8,1	6,3	5,1	4,1	3,2	2,7
1990-1991	98,9	99,2	95,7	90,2	76,5	60,7	42,5	29,7	21,0	14,5	9,1	6,6	5,0	4,0	3,3	2,9
1995-1996	99,8	98,3	96,8	93,1	84,8	72,1	58,0	44,8	33,1	22,9	14,0	9,8	6,6	4,6	3,6	2,9
2000-2001	99,3	98,4	96,7	91,9	80,2	66,4	52,2	41,3	34,2	25,3	17,6	11,7	6,9	4,9	3,6	2,8
2001-2002	99,5	98,0	97,3	91,6	80,0	65,7	51,3	40,1	32,3	24,4	16,8	11,6	7,6	5,3	4,0	3,0
2002-2003	99,8	98,0	96,8	92,3	79,8	66,3	51,9	40,4	32,2	23,8	16,8	11,8	8,2	5,8	4,3	3,3
2003-2004	99,3	98,3	97,0	91,8	79,7	65,9	52,8	41,3	32,4	23,8	16,6	12,0	8,4	6,1	4,6	3,5
2004-2005	99,5	97,6	97,4	92,0	79,5	66,3	52,7	42,0	32,8	24,0	16,6	11,7	8,4	6,1	4,7	3,7

Quellen: Ministère de l'Éducation Nationale, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche (DEPP); INSEE.

Tabelle A2.2

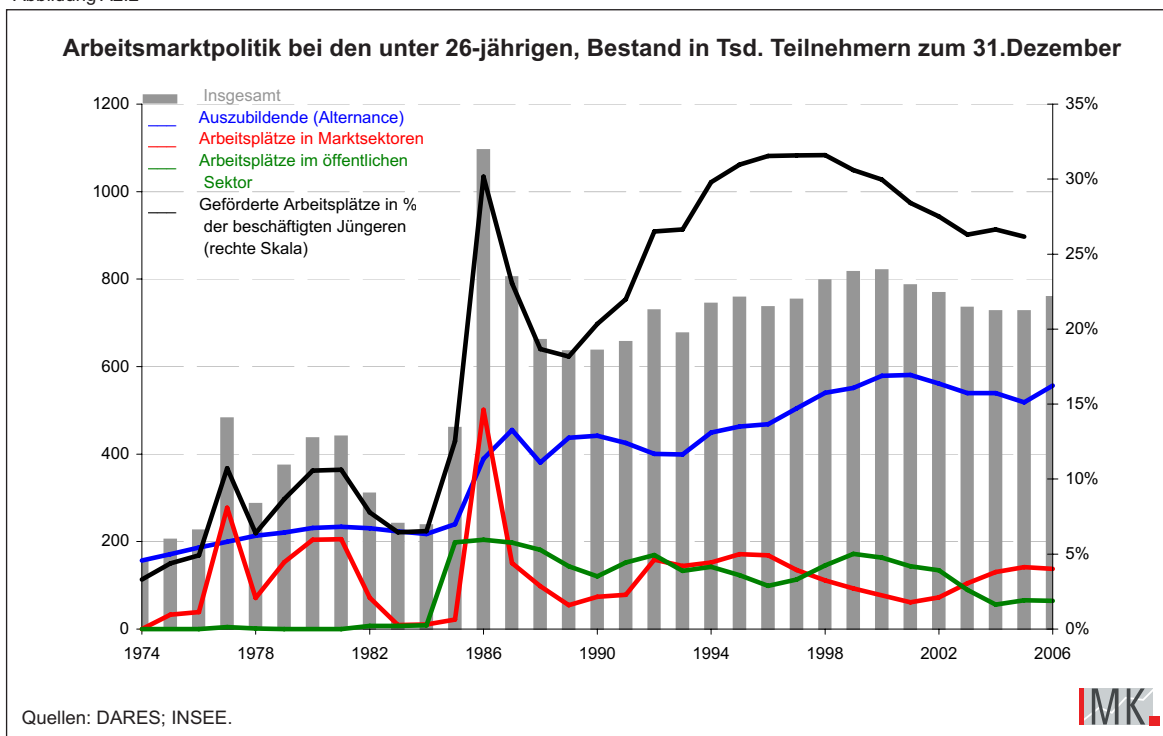
Ergebnisse der Okunsschätzungen		
Zu erklärende Variable:	Okuns Koeffizient (R ²) für:	
	Frankreich	Deutschland
Arbeitslosenquote, insg.	-0,37 (43,1%)	-0,46 (52,9%)
Arbeitslosenquote, 20-24-Jährige	-1,13 (43,5%)	-0,71 (48,2%)
Arbeitslose/Bevölkerung, insg.	-0,21 (42,6%)	-0,26 (51,5%)
Arbeitslose/Bevölkerung, 20-24-Jährige	-0,70 (38,7%)	-0,49 (46,7%)

Erläuterungen: In Klammern ist das R² angegeben. Die Regressionen sind der Form: Absoluten Differenzen der zu erklärenden Variable in %-Punkten = a₀ + a₁*Wachstumsrate des BIP in % + a₂*Trend. Der geschätzte a₁-Koeffizienten ist hier wiedergegeben. Alle Koeffizienten sind zum 5%-Niveau signifikant. Der Durbin-Watson schliesst Autokorrelation erster Ordnung aus. Die Stichprobe besteht aus Jahresdaten von 1984 bis 2007 (24 Beobachtungen; Für Deutschland wird das Jahr 1991 wegen statistischen Brüchen durch die Wiedervereinigung ausgenommen).
Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

Das bedeutet, dass die Arbeitslosenquote ein unvollständiger Indikator für den internationalen Vergleich der Unterbeschäftigung von Jüngeren ist, da sie die Unterschiede der Schulsysteme zwischen den Ländern nicht berücksichtigt. Als geeigneteres Maß für die Unterbeschäftigung Jüngerer erweist sich eine modifizierte Arbeitslosenquote, wo im Nenner nicht die Erwerbspersonen, sondern die gesamte Bevölkerungszahl dieser Altersklasse steht. Dies ist in Abbil-

dung A2.1 zu sehen. Die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich sind mit einem solchen Maß plötzlich nicht mehr so ausgeprägt, vor allem bei den 15-19-Jährigen und am Ende des Zeitraums. Dieses Phänomen ist in Frankreich wohl bekannt, wie man aus den Publikationen der DARES und des INSEE entnehmen kann (z.B. INSEE 2008a, S. 110; Berry 2008, S. 6) und führt zu ähnlichen Überlegungen bezüglich alternativer Vergleichszahlen außerhalb Frankreichs

Abbildung A2.2



(z.B. Howell 2006).

Jugendarbeitslosigkeit und Konjunktur

Darüber hinaus sind Jüngere – als auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppe wie Frauen, Ausländer, und Niedrigqualifizierte – viel mehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen als z.B. männliche Erwerbspersonen im Haupterwerbssalter (INSEE 2008a, S. 110). Deshalb spiegelt sich die schlechte konjunkturelle Lage besonders stark in der Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2002 und 2004 wider (Givors 2006). Eine einfache Okun-Schätzung (Änderung der Arbeitslosenquote erklärt durch eine Konstante, die Wachstumsrate des BIPs und einen linearen Trend) ergibt für den verfügbaren Zeitraum 1983-2007 einen eindeutigen negativen Zusammenhang, der für die 20-24-Jährigen²¹ in Frankreich (wie in Deutschland) stärker ist als für die gesamte Erwerbsbevölkerung (Tabelle A2.2). In den Jahren 2002-2005 ist die Jugendarbeitslosigkeit gestiegen (um durchschnittlich 1,8 Prozentpunkte pro Jahr). Dies waren auch Jahre schwachen Wachstums (durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte pro Jahr). Die Okun-Regression kann trotz ihrer Einfachheit schon 0,8 Prozentpunkte dieser 1,8 Prozentpunkte erklären (ein ähnliches Verhältnis ist bei der modifizierten Arbeitslosenquote zu finden). Man kann also die konjunkturelle Entwicklung bei Aussagen über die Veränderungen der Jugendarbeitslosigkeit nicht ausblenden.

Jugendarbeitslosigkeit und aktive Arbeitsmarktpolitik

Wie auch in Deutschland spielt die Arbeitsmarktpolitik eine erhebliche Rolle bei der Arbeitslosigkeit Jüngerer. Wenn die öffentliche Hand mehr subventionierte Jobs oder Ausbildungsplätze organisiert, hat das einen direkten Einfluss auf den Bestand an jüngeren Arbeitslosen (Gasquet/Roux 2006). In Abbildung A2.2 ist auf Basis von DARES/INSEE-Zahlen eine Entwicklungstendenz für die Jahre 1974-2006 zu sehen. Die Jahre 2001-2004 sind demnach Jahre einer weniger intensiven Unterstützung seitens der aktiven französischen Arbeitsmarktpolitik. Zwischen 2000 und 2004 sind 93 000 Arbeitsplätze weniger für Jugendliche finanziert worden. Dies bedeutet für sich genommen eine Erhöhung der standardisierten Arbeitslosenquote von ca. 3,3 Prozentpunkte (bzw. 1,2 Prozentpunkte für die modifizierte Arbeitslosenquote) über diesen Zeitraum. Dies ist kein vernachlässigbarer Ef-

fekt und muss berücksichtigt werden, wenn über den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in dieser Zeit gesprochen wird.

Jugendarbeitslosigkeit und SMIC

Dass Jugendliche tendenziell schlechter bezahlt werden, ist ein Phänomen, das man überall in Europa findet (OECD 2006 und Low-Wage Work-Reihe, 2008). Auch in Frankreich werden sie überproportional auf dem SMIC-Niveau entlohnt. 2002 befanden sich 30 % der unter 25-Jährigen Arbeitnehmer auf dem SMIC-Niveau gegenüber 13 % der über 25-Jährigen (in den USA sind 47 % der Mindestlohnempfänger unter 25 und 5 % der 16-24-Jährigen sind Mindestlohnempfänger gegenüber 1,5 % bei den über 25-Jährigen, laut Zahlen des Bureau of Labor Statistics für 2007). Dies ist aber nicht nur auf das Alter zurückzuführen, sondern auch auf die geringere Berufserfahrung, die Arbeitszeit, den Arbeitsvertragsstatus, die Art der Tätigkeit, die Unternehmensgröße und den Wirtschaftssektor. Folgt man der Ceteris-Paribus-Analyse der DARES, erhöht sich die SMIC-Inzidenz der unter 25-Jährigen – also die Wahrscheinlichkeit, SMIC-Beschäftigter zu sein, wenn alle anderen Merkmale gleich sind – für Jugendliche um 3 bis 4 Prozentpunkte gegenüber den 30-39-Jährigen (Seguin 2006, S. 3-5). Eine ausführliche Auswertung der Ergebnisse der spezifischen empirischen Literatur ist in Appendix 3 zu finden.

²¹ Die Gruppe der 15-19-jährigen wird hier nicht betrachtet, weil die unterschiedlichen Schulsysteme zu prägnant sind, wie aus Abb. A2.1 ersichtlich ist.

Literatur für den Appendix 2

Berry, J.-B. (2008): Les bénéficiaires de la revalorisation du SMIC au 1er juillet 2007, Premières Informations No 10.3(3), DARES.

BMBF (2007): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006, Bonn.

Böckler Impuls (2008): Jugendarbeitslosigkeit: Ausbildung hilft, Mindestlohn schadet nicht, Nr. 5, S. 6 (http://www.boeckler.de/32014_90365.html).

Caroli E./Gautié, J./Askénazy, P. (2008): Low-Wage work and Labor market institutions in France. Low-Wage Work in France, Caroli/Gautié (Hrsg.), Russel Sage Foundation, New-York, Chapt. 2, P. 28-87.

Gasquet, C./Roux, V.(2006): Les sept premières années de vie active des jeunes non diplômés : la place des mesures publiques pour l'emploi, Economie et Statistique, No 400, P. 17-43.

Givord, P. (2006): L'insertion des jeunes sur le marché du travail entre 2002 et 2004, Insee Première, No 1061, Janvier.

Howell, D. (2006): Vive Les Jeunes, The American Prospect, May-June.

ifo (2008): Schutz vor Niedriglöhnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, ifo Schnelldienst, Nr. 6.

INSEE (2008a): L'économie française, Insb. fiche thématique, No 2, Le chômage, P. 110-111.

INSEE (2888b): Deux étudiants du supérieur sur dix ont un emploi, le premier en lien avec ses études et l'autre pas, Insee Première, No 1204, Juillet.

Low-Wage Work in France (2008): Caroli,E./Gautié, J.(Hrsg.) Russel Sage Foundation, New-York.

OECD (2006): Boosting Jobs and Incomes. Employment Outlook, Paris.

Seguin, S. (2006): Les salariés au SMIC en 2002: un sur deux travaille dans une petite entreprise, un sur quatre gagne plus de 1,3 SMIC horaire grâce à des compléments de salaire, Premières Synthèses No 27.2(7), DARES.

Appendix 3

Beschäftigungseffekte des französischen Mindestlohns

Simon Sturn (IMK)

Dieser Appendix bietet einen Überblick zu einigen Studien bezüglich der Beschäftigungswirkung des SMIC.²² Zusammenfassend finden manche Studien Hinweise auf negative Beschäftigungseffekte für Teilssegmente des Arbeitsmarktes (Abowd et al. 1999, 2000), zumeist gering qualifizierte, junge Arbeitnehmer (Fitoussi 1994, Bruno/Cazes 1998). Andere Studien finden diesbezüglich keine robuste negative Wirkung (Bazen/Martin 1991, Benhayoun 1994). Für eine insgesamt beschäftigungsreduzierende Wirkung des SMIC findet sich keine empirische Evidenz (Fitoussi 1994, Dolado et al. 1996, 1998, Card et al. 1999).

Benhayoun (1994) findet bei der Aktualisierung einer früheren Arbeit, dass die Beschäftigungsdaten für die Jahre 1975-1990 substanziell revidiert wurden, was zur Folge hat, dass sich die Ergebnisse früherer empirischer Untersuchungen z.T. als überholt erweisen. Benhayoun schätzt eine Mincer-Gleichung²³ für 1968-1991 mit der Beschäftigungsquote für jugendliche Arbeitnehmer als abhängige Variable. Er findet für die Mindestlohn-Proxies kaum signifikante und durchwegs nicht robuste Effekte mit variierenden Vorzeichen.

In zwei Untersuchungen schätzen Bruno/Cazes (1997, 1998) ebenfalls eine Mincer-Spezifikation. Abhängige Variable ist die Jugendarbeitslosigkeit. Die beiden Untersuchungen unterscheiden sich etwas bezüglich des Zeitraums (1974-1994 bzw. 1971-1994), der verwendeten Mindestlohn-Proxies, Kontrollvariablen und Spezifikation. Die 1997er-Studie findet für beide SMIC-Proxies nicht signifikante positive Beschäftigungseffekte, die 1998er-Studie hingegen in beiden Fällen nicht signifikante negative Beschäftigungseffekte. Die 1998er Studie schätzt eine Variante, in welcher die abhängige Variable nach höchster abgeschlossener Schulbildung und Geschlecht unterteilt ist, und findet für einen der beiden Mindest-

²² Eine hier nicht erwähnte Studie ist Laroque/Salanie (2000). Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf einer Reihe problematischer Annahmen; für eine ausführliche Kritik siehe Husson (2000) und Sterdyniak (2000).

²³ Eine Mincer-Gleichung erklärt in einer Zeitreihenspezifikation die Beschäftigungs- oder Arbeitslosenquote einer bestimmten Gruppe am Arbeitsmarkt (bspw. Jugendliche) durch eine Mindestlohn-Proxy, meistens den Kaitz-Index (Mindestlohn in Prozent des Durchschnitts- oder Medianlohns), und die Beschäftigungs- oder Arbeitslosenquote einer Kontrollgruppe (bspw. der 25-64-Jährigen). Hinzu kommen diverse weitere Kontrollvariablen.

lohnindikatoren einen signifikant negativen Beschäftigungseffekt bei jugendlichen Männern und Frauen. Diese beiden Studien illustrieren, wie sensibel die Ergebnisse solcher Untersuchungen gegenüber unterschiedlichen Spezifikationen sind, eine Einschätzung, die Bruno/Cazes (1998, S. 20) teilen.

Fitoussi (1994) stellt fest, dass von Anfang der 1970er Jahre bis Ende der 1980er Jahre die Lohnspreizung in Frankreich aufgrund des Mindestlohns relativ stabil blieb, während diese in den USA und Großbritannien deutlich zunahm. Die Arbeitslosigkeit der gering qualifizierten Arbeitnehmer stieg aber in allen drei Ländern gleich stark, weswegen insgesamt keine beschäftigungsreduzierende Wirkung des SMIC festzustellen ist. Allerdings findet Fitoussi für Frankreich mittels einer Art Mincer-Spezifikation „... some evidence that high minimum wages have caused greater unemployment among young unskilled workers“ (Fitoussi 1994, 62). Da jugendliche Arbeitnehmer aber nur einen geringen Teil der Arbeitslosen ausmachen, überwiegen für Fitoussi dennoch die Vorteile von Mindestlöhnen.

Bazen/Martin (1991) schätzen eine Reallohn- und Arbeitsnachfragefunktion für jugendliche und erwachsene Arbeitnehmer für die Jahre 1963-1986. Die Ergebnisse der Lohnleichung zeigen, dass der durchschnittliche Reallohn von Jugendlichen stärker durch den Mindestlohn bestimmt wird als jener von Erwachsenen (was wenig verwundert, da sie häufiger SMIC-Beschäftigte sind). Die Arbeitsnachfragefunktion versucht, die Elastizität der Beschäftigung in Bezug auf die Lohnkosten zu schätzen, findet aber für die Erwachsenen keinen signifikanten Einfluss der Lohnkosten und tendenziell nicht robuste oder wenig plausible Ergebnisse. Hieraus berechnen Bazen und Martin Mindestlohn-Beschäftigungselastizitäten, die für Jugendliche negativer sind als für Erwachsene, folgern aber: „We have not been able to establish satisfactorily, however, that increases in real youth labour costs have had a negative impact on youth employment - even though we believe this to be the case.“ (Bazen/Martin 1991, S. 215).

Bazen/Skourias (1997) untersuchen die Auswirkung des verhältnismäßig starken Anstiegs des SMIC von 10 % im Juni 1981 auf die Jugendarbeitslosigkeit. Der Anteil der jüngeren Arbeitnehmer an den gesamten Arbeitnehmern sank von März 1980 bis März 1984 von 14,6 % auf 12,9 %. Dies, so vermuten die Autoren, sei dem Anstieg des Mindestlohns in dieser Zeit geschuldet. In verschiedenen Spezifikationen finden sie wenig robuste Evidenz für negative Beschäftigungseffekte im Jahr 1981. Bei Betrachtung eines längeren Zeitraums (1980-1984) kontrollieren sie nicht für arbeitsmarktpo-

litische Instrumente, was aber für diesen Zeitraum besonders bedeutsam wäre (Abbildung A2.2). Die gefundene Evidenz könnte deshalb darauf beruhen, dass relevante erklärende Variable nicht berücksichtigt wurden.

Abowd et al. (1997 und 1999) untersuchen die Wirkung von Mindestlöhnen auf verschiedene Altersgruppen in Frankreich und den USA für die Jahre 1981 bis 1989.²⁴ Die Daten ermöglichen die Bestimmung von Lohngruppen, deren Entlohnung im Jahr t höher oder gleich dem SMIC ist, aber niedriger als der SMIC im Jahr $t+1$ (nach einer Mindestloohnerhöhung). Negative Beschäftigungseffekte sollten sich bei dieser Gruppe im Vergleich zu einer Kontrollgruppe, welche etwas mehr verdient, besonders deutlich zeigen. In der 1997er Studie finden sich teilweise unterschiedliche Vorzeichen bezüglich der Weiterbeschäftigungselastizitäten je nach Altersgruppe. Die meisten dieser Koeffizienten sind zudem statistisch nicht signifikant, und Behandlungs- und Kontrollgruppe unterscheiden sich nicht signifikant voneinander. In der 1999er Variante finden sich eher Hinweise auf negative Beschäftigungseffekte von gestiegenen Mindestlöhnen, allerdings gilt auch hier: „... the differences in coefficients among the 'between' and 'marginally above' workers are only occasionally statistically significant“ (Abowd et al. 1999, S. 14).

Abowd et al. (2000) untersuchen mit ähnlicher Methodik wie Abowd et al. 1997 und 1999 den Zeitraum 1990-1998. Zudem wird in quasi umgekehrter Form auch ein Modell für jene Jahre geschätzt, in denen der reale Arbeitskosten-SMIC (durch die Reduktion des Steuerkeils für Niedriglohnbezieher) fällt. Schließlich wird für beide Varianten ein Gesamteffekt geschätzt, wo Phasen des Anstiegs und des Rückgangs des Mindestlohns in einer Spezifikation berücksichtigt werden. Zusammenfassend finden die Autoren robuste Evidenz für einen negativen Beschäftigungseffekt von Mindestlöhnen in Frankreich. Ein 1 %iger Mindestlohnanstieg erhöht die relative Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsplatzverlustes der Behandlungsgruppe um 1,5-2 %. Der Gesamteffekt auf den Arbeitsmarkt ist aber als gering einzuschätzen, da die Behandlungsgruppe nur 3-4 % der Arbeitskräfte repräsentiert (vgl. Kramarz/Philippon 2001, S. 136).²⁵ Der Eintritt in die Beschäftigung reagiert hingegen nicht sonderlich stark auf Änderungen der Mindestlohnkosten.

²⁴ Die beiden Studien bauen aufeinander auf. Methodik, Zeitraum und Daten sind fast identisch. Nur kleinere Unterschiede in den Spezifikationen und bei der Klassifizierung der Altersgruppen liegen vor. Dennoch unterscheiden sich die Ergebnisse teilweise beträchtlich.

²⁵ Kramarz/Philippon (2001) verwenden dieselben Daten wie Abowd et al. (2000).

Dolado et al. (1996) vergleichen bei ihrer Untersuchung die Arbeitsmarktchancen von nach Alter, Ausbildung und Geschlecht differenzierten Gruppen mit hohem Anteil an Personen, welche knapp über dem SMIC entlohnt werden, mit jenen Gruppen, bei welchen dieser Anteil gering ist. Hierbei finden sie wenig robuste Evidenz dafür, dass in der Subperiode 1981-1985, in welcher der SMIC angehoben wurde, die Arbeitslosigkeit für Gruppen mit einem hohen Anteil an SMIC-Entlohnnten stärker stieg, während dieser Effekt in der Periode 1985-1989, als der SMIC weniger stark stieg, uneindeutig ist. Die Autoren vermuten aber, dass dieses Resultat dem Konjunkturzyklus geschuldet ist.²⁶ In einer zweiten Untersuchung für die Jahre 1967-1992 zeigen Dolado et al., dass von 1967 bis Mitte der 1980er Jahre eine Phase, in welcher der SMIC gemessen am Kaitz-Index stark angehoben wurde in jenen "départements" das Lohnniveau und die Beschäftigung stark anstieg, die anfänglich ein niedriges Lohnniveau verzeichneten, was nicht auf Jobverluste durch den gestiegenen Mindestlohn hindeutet. Für die Periode Mitte der 1980er Jahre bis 1992 – eine Zeitspanne, in welcher der relative SMIC weniger stark angehoben wurde – findet sich kein Zusammenhang.

Card et al. (1999) untersuchen anhand der USA, Kanada und Frankreich die These, dass die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung aus einem „... tradeoff between wage inequality and employment growth in the face of declining demand for less-skilled labour“ (Card et al. 1999, S. 844) resultieren kann. Geschätzt werden die Unterschiede der Lohn- und Beschäftigungsentwicklung für verschiedene Qualifikationsgruppen zwischen Anfang und Ende des Konjunkturzyklus in den 1980er Jahren. Zusammenfassend finden sie, dass in den USA „... groups with lower wages at the beginning of the 1980s – or lower rates of computer use at the end of the 1980s – had significantly slower wage growth over the decade and somewhat slower employment growth“ (Card et al. 1999, S. 844f.). Trotz konstanter Lohnentwicklung der niedrig Qualifizierten in Frankreich fällt ihre relative Beschäftigung aber mit etwa derselben Rate wie in den USA. Die Tradeoff-These findet somit keine Bestätigung.

Zusammenfassend finden sich also Hinweise auf negative Beschäftigungseffekte bei jungen Arbeitnehmern, aber keine Belege für eine insgesamt beschäftigungsreduzierende Wirkung des französischen Mindestlohns.

²⁶ Ihr Argument dafür ist, dass die Beschäftigung im Niedriglohnbereich konjunkturreaktiver ist und die erste Subperiode mit einem Abschwung einherging, während die zweite von einem leichten Aufschwung begleitet wurde.

Literatur für den Appendix 3

Abowd, J. M./Kramarz, F./Lemieux, T./Margolis, D. N. (1997): Minimum Wages and Youth Employment in France and the United States, NBER Working Paper, Nr. 6111.

Abowd, J. M./Kramarz, F./Margolis, D. N. (1999): Minimum Wages and Employment in France and the United States, NBER Working Paper, Nr. 6996.

Abowd, J. M./Kramarz, F./Margolis, D. N./Philippon, T. (2000): The Tail of Two Countries: Minimum Wages and Employment in France and the United States, IZA Discussion Paper, Nr. 203.

Bazen, S./Martin, J. P. (1991): The Impact of the Minimum Wage on Earnings and Employment in France, OECD Economic Studies, Vol. 16, P. 1999-221.

Bazen, S./Skourias, N. (1997): Is there a negative effect of minimum wages on youth employment in France?, European Economic Review Vol. 41, P. 723-732.

Benhayoun, G. (1994): The Impact of Minimum Wages on Youth Employment in France Revisited – A Note on the Robustness of the Relationship, International Journal of Manpower, Vol. 15(2/3), P. 82-85.

Bruno, C./Cazes, S. (1997): Le chômage des jeunes en France: un état des lieux, Revue de l'OFCE, No 62.

Bruno, C./Cazes, S. (1998): French youth unemployment: An overview, ILO Employment and Training Papers, Vol. 23.

Card, D./Kramarz, F./Lemieux, T. (1999): Changes in the Relative Structure of Wages and Employment: A Comparison of the United States, Canada, and France, The Canadian Journal of Economics, Vol. 32(4), P. 843-877.

Dolado, J./Kramarz, F./Machin, S./Manning, A./Margolis, D./Teulings, C. (1996): The economic impact of minimum wages in Europe, Economic Policy, Vol. 11(23), P. 317-372.

Fitoussi, J.-P. (1994): Wage Distribution and Unemployment: The French Experience, The American Economic Review, Vol. 84(2), P. 59-64.

Husson M. (2000): L'épaisseur du trait - A propos d'une décomposition du non-emploi, Revue de l'IRES, No 34, P. 3-25.

Kramarz, F./Philippon, T. (2001): The Impact of Differential Payroll Tax Subsidies on Minimum Wage Employment. *Journal of Public Economics*, October, Vol. 82(1), P. 115-146.

Laroque G./Salanié B. (2000): Une décomposition du non-emploi en France. *Économie et Statistique*, No 331, P. 47-66.

Sterdyniak, H. (2000): Econométrie de la misère, misère de l'économétrie. *Revue de l'OFCE*, No 75, P. 299-314.

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

Druck: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.